# 65 Jahre Internationaler Frauentag
Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 11 vom 15. März 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

# "Solidarität der Demokraten" - Kampfparole der Kapitalisten

**Kaum hatte die „Bewegung 2. Juni" den CDU-Politiker Lorenz wieder freigelassen, konnte vor allem die Westberliner Bevölkerung erleben, gegen wen sich die vielbeschworene „Solidarität der Demokraten" richtet. Tausende schwerbewaffneter Polizisten terrorisierten die Westberliner Werktätigen und vor allem fortschrittliche Jugendliche. Gleichzeitig ging die Bourgeoisie daran, weitere Maßnahmen zur Zentralisierung der staatlichen Gewalt zu treffen. Besonders wird der imperialistische Staat seine Verfolgungsmaßnahmen gegen den Marxismus-Leninismus verschärfen. Dem dient unter anderem die erste Lesung eines Gesetzes über die Bestrafung der „Befürwortung schwerer Gewalttaten" am Donnerstag dieser Woche im Bundestag.**

Während die bürgerliche Propaganda eine beispiellose Hetze gegen die revolutionäre Bewegung entfachte und einzelne Politiker offen zum Mord aufriefen (Genscher: man muß „die Täter zur Strecke bringen"; Pieroth von der CDU: man muß ihre „Buden ausräuchern"), riefen sie gleichzeitig auf zur „Solidarität aller Demokraten" gegen den „Terror, der jeden Bürger bedroht".

Aber noch in der gleichen Nacht zeigte sich, wer in Wirklichkeit Terror ausübt und gegen wen. Tausende schwerbewaffneter Polizisten aus Westberlin, verstärkt durch mehrere hundert Polizisten aus dem Bundesgebiet und durch französische, englische und amerikanische Soldaten kontrollierten in dieser Nacht über 4 000 Autofahrer, durchsuchten hunderte von Wohnungen und nahmen an die 200 Personen, darunter 17 Kinder fest. Geleitet wurde dieser Einsatz, bei dem die Polizei zum Beispiel acht Jugendlichen drohte: „Euch knalle ich alle ab", vom Leiter der Bundesanwaltschaft Buback persönlich.

So mancher ältere Kollege wird bei den Bildern von den verwüsteten Wohnungen in Westberlin und den mit Maschinenpistolen und Stahlhelmen ausgerüsteten Polizisten an die Überfälle der SS und der SA gedacht haben.

Und tatsächlich unterscheidet sich der Geist dieser Polizeischergen, die heute die „innere Sicherheit" schützen, auch nicht von denen, die



Tausende von Polizisten, teilweise mit Maschinenpistolen ausgerüstet, kontrollierten rund 4 000 Autofahrer in Westberlin.

im Hitlerfaschismus zum „Schutz von Volk und Staat" prügelten und mordeten. Noch haben wir heute keinen Faschismus, aber die Kapitalistenklasse, die 1933, als sie ihre Herrschaft durch die proletarische Revolution gefährdet sah, eine offen terroristische Diktatur über das werktätige Volk errichtete, ist die gleiche, die heute unter der Parole der „Solidarität der Demokraten" die Faschisierung des Staatsapparates vorantreibt.

So pries Kanzler Schmidt als einen Beweis der „Solidarität der Demokraten" die Bildung des „Krisenstabes", dem Vertreter von vier Landesregierungen, die Fraktionsvorsitzenden des Bundestags und der Bundeskanzler angehörten.

Im Prinzip war dieser „Krisenstab" nichts anderes als der „Gemeinsame Ausschuß", wie er in den Notstandsgesetzen vorgesehen ist. Nach den Notstandsgesetzen nämlich ist für den „inneren oder äußeren Notstand" das Aktivwerden eines „Gemeinsamen Ausschusses" vorgesehen, dem Abgeordnete des Bundestages und Vertreter der Länderregierungen angehören, die an keinerlei Weisungen gebunden sind. Mitglieder dieses „Notstandskabinetts", das seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze besteht, waren also auch im Bonner „Krisenstab" vertreten.

Fortsetzung auf Seite 2

Audi/NSU

# 10 000 Arbeiter von Entlassung bedroht

**Über 20 000 Arbeiter und Angestellte von Audi/NSU in Neckarsulm und Werktätige aus der Umgebung von Heilbronn protestierten am 3. 3. 75 gegen die geplante Schließung des Betriebes. Aus Solidarität schlossen sogar die Kaufleute der Stadt um 2 Uhr ihre Läden. Wird das Werk geschlossen, so bedeutet das Arbeitslosigkeit für 10 200 Arbeiter und Angestellte. Das ist die Hälfte der Einwohnerschaft von Neckarsulm. Aber nicht nur Neckarsulm wird hart betroffen sein, da die Schließung des Werkes auch das Ende der Zulieferbetriebe in der Umgebung von Heilbronn bedeutet.**

Es ist noch keine drei Jahre her, da kauften die VW-Bosse den Betrieb samt seinen Arbeitern den NSU-Kapitalisten ab. Damals versprachen sie sichere Arbeitsplätze. Inzwischen steht die Frage nur noch, ob Audi/NSU sofort stillgelegt wird oder, wie Teile des Betriebsrates sich ausdrückten, „scheibchenweise". Bereits im letzten Jahr wurden bei Audi rund 2 000 Arbeiter entlassen, meistens ausländische Kollegen, deren Arbeitserlaubnis nicht verlängert wurde. Seit geraumer Zeit wird bei Audi nur noch im Ein-Schicht-Betrieb gearbeitet.

Aus Angst vor der Empörung der Audi-Kollegen und um sie hinzuhalten, schalteten sich die Vertreter des Staates ein, angeblich um bei den VW-Bossen um die Erhaltung der Arbeitsplätze für die über 10 000 Arbeiter und Angestellten zu bitten. Die Landesregierung von Badenwürtemberg, Filbinger und Eberle verhandelten. Wirtschaftsminister Friedrichs sprach mit Vorstandsvorsitzendem Schmücker. Annemarie Renger schickte ein Bitttelegramm. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen blieben geheim. Aber worüber gesprochen wurde, ist kein Geheimnis, wenn man weiß, daß im Aufsichtsrat von VW der Bund, das Land Niedersachsen und die IG Metall die Mehrheit besitzen darüber nämlich, wie man mit vereinten Kräften und verteilten Rollen die Arbeiter am besten vom Kampf gegen die Stillegungspläne abhalten kann. Und es ist noch keinen Monat her, daß Ministerpräsident Filbinger und Wirtschaftsminister Eberle, die jetzt angeblich „unnachgiebig" für die Interessen der Bevölkerung eintreten, Hunderte von Bereitschaftspolizisten auf die Bauern und die anderen Werktätigen in Wyhl gehetzt haben, um für den Profit des Badenwerks den Bau eines Kernkraftwerks in Wyhl durchzusetzen.

Genauso verlogen wie das soziale Getue der Politiker ist die angebliche Solidarität der IG Metall-Bonzen mit den Audi-Arbeitern, die von der D„K"P in der UZ hochgelobt wird. Steinkühler, der auf der Kundgebung der Audi-Arbeiter am 3. 3. 75 große Reden schwang über den Kampf zur Erhaltung der Arbeitsplätze und auf die Unternehmer schimpfte, die in der Krise ver-

Fortsetzung auf Seite 3

# Vor 5 Jahren - Putsch der Lon Nol-Clique



Angehörige der kambodschanischen Volksstreitkräfte bekämpfen eine feindliche Stellung in der Umgebung von Phnom Penh. – Artikel siehe Seite 9

AUS DEM INHALT

Gas-Preise 70% erhöht . . . . . . . 2
Kalle Kollegen kämpfen gegen Stillegung . . . . . . . 3
Komitee gegen Berufsverbote gegründet . . . . . . . 4
Breite Front gegen Berufsverbot . . . . . . . 4
KHD – Rote Liste aufgestellt . . 4
65 Jahre Internationaler Frauentag . . . . . . . 6
„Klassenstaat' – verbotenes Wort . . . . . . . 7
Kampf gegen Ermordung des Genossen Günter geht weiter . . . 7
Gretschko in Indien . . . . . . . 8
Das trügerische sowjetische Budget . . . . . . . 8
Vor 5 Jahren – Putsch der Lon Nol Clique . . . . . . . 9
Das Leben in den befreiten Gebieten . . . . . . . 9
Touristik-Rummel . . . . . . . 10
Ich wünsche euch des Weltenballs Erbeben . . . . . . 10

# "Solidarität der Demokraten" - Kampfparole der Kapitalisten

Fortsetzung von Seite 1

**Das Inkrafttreten der Notstandsgesetze ist von der Bourgeoisie für den Zeitpunkt vorgesehen, wo sie mit Hilfe des parlamentarischen Systems ihre Herrschaft nicht mehr aufrechterhalten kann und es deshalb durch die offene, terroristische Diktatur über das werktätige Volk ersetzen will. Eine solche Situation ist heute noch nicht gegeben. Aber das Zusammentreten des „Krisenstabes" zeigt, daß die Notstandsgesetze keinesfalls, wie uns damals weisgemacht werden sollte, „für die Schublade" gemacht wurden. Die Tage der Entführung von Lorenz waren für die Bourgeoisie eine Notstandsübung, bei der nicht nur geprobt wurde, wie eine Großstadt wie Westberlin unter polizeiliche Kontrolle zu bekommen ist, sondern auch, wie die Bourgeoisie mit Hilfe ihrer Notstandsorgane arbeiten kann.**

Daß dieser „Krisenstab" nichts anderes ist als ein Schritt hin zum Faschismus, zeigt schon die Tatsache, daß durch den gleichzeitig gebildeten „Arbeitsstab" führende Vertreter der Polizei direkt mit an den Entscheidungen beteiligt waren. **Dem ROTEN MORGEN ist wieder und wieder von der bürgerlichen Klassenjustiz verboten worden, diesen Staat „Polizeistaat" zu nennen. Welchen Namen verdient denn wohl ein Staat, in dem die Polizei fast eine Woche lang an führender Stelle sitzt, wo Presse, Funk und Fernsehen fast eine Woche lang seitenlang nur aus Pressemitteilungen, Verlautbarungen der Polizei bestehen?**

Die Schritte, die die Bourgeoisie zur weiteren Faschisierung des Staatsapparates unternimmt, erschöpfen sich natürlich nicht in der kurzfristigen Bildung von „Stäben". Es heißt bereits jetzt, daß auf dem Gebiet der Polizei der gesamte Apparat nicht nur ausgebaut, sondern vor allem weiter zentralisiert werden soll zu einer einheitlichen Bundespolizei.

Wenn die bürgerliche Propaganda uns weismachen will, dieser Riesenaufwand sei allein deshalb notwendig geworden, weil fünf politische Gefangene aus der Haft entlassen und ein Flug in die VR Jemen organisiert werden mußte, so ist das nichts als ein schlechter Witz. In Wirklichkeit ging es darum, den Staat zu rüsten für eine Situation, in der er wirklich ernsthaft bedroht ist, für die Niederschlagung des revolutionären Massenkampfes.

**Wozu diese gesamten Maßnahmen dienen, zeigt sich vor allem an dem neuen Gesetz zur Bestrafung der „Befürwortung schwerer Gewalttaten".** Die „Frankfurter Rundschau" schreibt dazu: „Nach dem Entwurf des Justizministeriums soll künftig (. . .) die Verbreitung von Schriften, ‚die bestimmt und nach den Umständen geeignet sind', bei anderen die Bereitschaft zu Gewalttaten zu fördern, strafbar sein." (8. 3. 75). Der Gesetzesentwurf stellt gleichzeitig fest, daß unter diese Bestimmung nicht historische Werke oder wissenschaftliche Abhandlungen fallen. Dieses geplante Gesetz stellt einen weiteren Schritt bei der Bekämpfung der kommunistischen Propaganda durch die bürgerliche Klassenjustiz dar. Schon bislang hat die Bourgeoisie vor allem mit dem § 90a, der aus den Gesetzbüchern des Hitlerfaschismus abgeschrieben ist, zig Ermittlungen gegen Publikationen der KPD/ML und anderer Organisationen eingeleitet, weil in ihnen gezeigt wurde, daß es für die Arbeiterklasse nur den Ausweg der sozialistischen Revolution, des gewaltsamen Sturzes des imperialistischen Staates gibt, wenn sie sich von Ausbeutung und Unterdrückung befreien will. Der Rahmen für die „Umstände, die geeignet sind", den Gedanken der bewaffneten Revolution zu verbreiten, ist inzwischen schon so weit gesteckt, daß es reicht, vom „Bonner Kapitalistenstaat", vom „imperialistischen System" oder von der „Kapitalistenklasse" zu schreiben, um gegen die Gesetze der Bourgeoisie zu verstoßen, die „innere Sicherheit" zu gefährden. Das Ziel der Bourgeoisie ist es dabei, zu verhindern, daß die Massen anhand ihrer täglichen Erfahrungen im Betrieb, mit der Polizei und mit der Justiz erkennen, daß der Marxismus-Leninismus ihnen den Weg weist, wie sie erfolgreich gegen den Kapitalismus kämpfen können, daß der Marxismus-Leninismus in den Massen zur materiellen Gewalt wird.

Am einfachsten wäre es sicher für die Bourgeoisie, sie würde die KPD/ML verbieten. Das ist ihr nach dem Urteil im KPD-Verbotsprozeß an sich auch durch einen einfachen Federstrich möglich. Aber diesen Weg will sie nicht gehen. Denn dann wäre für jedermann offensichtlich, daß die D„K"P, die sich ja auch auf die KPD Ernst Thälmanns beruft, mit der marxistisch-leninistischen KPD nichts zu tun hat. Damit aber würde es für die Bourgeoisie erheblich schwerer, über diese Agentur des Kapitals in der Arbeiterbewegung die Massen in die Irre zu leiten und von der sozialistischen Revolution abzuhalten. Deshalb versucht sie die KPD/ML als „Chaoten" zu diffamieren und deshalb versucht sie auch, in der Arbeiterbewegung den Eindruck zu erwecken, als seien der Marxismus-Leninismus und die Ideen von Mao Tsetung völlig verschiedene Ideologien, während sie in Wirklichkeit eine Einheit bilden.

**Diesem Ziel, den Kommunismus zu verfolgen und gleichzeitig dem modernen Revisionismus Schützenhilfe zu leisten, dient auch das geplante neue Gesetz.** Nicht umsonst wird ausdrücklich betont, daß „historische Abhandlungen" nicht unter die „Befürwortung schwerer Gewalttaten" fallen. Die bürgerliche Klassenjustiz weiß natürlich ganz gut, daß die Linie der KPD/ML von der bewaffneten Revolution nichts anderes ist als die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Aber diese Lehren wagt sie nicht zu verbieten, weil sie damit zu offen ihr diktatorisches Wesen, ihre Angst vor der Revolution zeigen würde und weil sie damit außerdem der D„K"P die Grundlage entziehen würde, sich ihr kommunistisches Mäntelchen umzuhängen.

**Erlaubt sein wird auch nach dem neuen Gesetz die revisionistische Propaganda, die Lenin nur zitiert, um ihn zu verfälschen, um unter Mißbrauch seines Namens den parlamentarischen, den friedlichen Weg zum Sozialismus zu propagieren. Denn eine solche Propaganda dient der ideologischen und politischen Entwaffnung der Arbeiterklasse und nützt der Bourgeoisie. Kriminalisiert wird dagegen die kommunistische Agitation und Propaganda, die die wahre und unverfälschte Lehre der Klassiker unter die Massen trägt, die Lehre von der Notwendigkeit der bewaffneten Revolution. Denn diese Propaganda gefährdet die Bourgeoisie.**

In den D„K"P-Revisionisten hat die Bourgeoisie ihre entscheidende Stütze, um die Arbeiterklasse vom Weg der proletarischen Revolution abzuhalten und gleichzeitig die Faschisierung voranzutreiben. Das zeigt sich auch jetzt. So veröffentlichte das Präsidium der D„K"P eine Stellungnahme zur Lorenzentführung, in der es unter anderem heißt: „Die etablierten Parteien geben vor, Maßnahmen zur ‚inneren Sicherheit' einleiten zu wollen. Doch in Wirklichkeit schüren sie die Unsicherheit, um die Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen unseres Landes nach rechts zu drängen." Was ist das anderes als offene Zustimmung zu den polizeistaatlichen Maßnahmen, die die Bourgeoisie ergreift? Und einige Sätze weiter kommt es sogar noch eindeutiger. Da heißt es nämlich, daß die D„K"P für Sicherheit„ auch vor Gewaltverbrechen" eintritt. **Es ist kein Zufall, daß hier die Stellungnahme des D„K"P-Präsidiums fast wörtlich mit dem geplanten neuen Gesetzestext übereinstimmt. Wer gesehen hat, wie D„K"P-Revisionisten beim Fordstreik oder in Nordhorn gegen die „Linksfaschisten" gehetzt haben, der weiß, daß es ihnen genauso wenig wie der Bundesregierung darum geht, daß die Kriminalität gestoppt wird. Ihr Kampf gilt wie der des Gewerkschaftsapparates, wie der des Staatsapparates der revolutionären Gewalt der Massen, dem revolutionären Klassenkampf. Sie ist ein Wegbereiter des Faschismus.**

Die Maßnahmen, die die Bourgeoisie in den letzten Tagen eingeleitet hat, um die Faschisierung voranzutreiben, sind eine Warnung an alle Werktätigen, daß die Kapitalistenklasse nicht davor zurückschrecken wird, noch einmal zu ihrem letzten Mittel, der nackten terroristischen Diktatur zu greifen, um ihre Herrschaft zu retten. Gerade ihre Maßnahmen gegen die kommunistische Propaganda aber zeigen, daß sie das nicht tut, weil sie stark ist, sondern weil sie Angst hat vor der proletarischen Revolution. 1933 ist nicht das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse. Der Faschismus kann verhindert werden, wenn die Arbeiterklasse der Bourgeoisie zuvorkommt und in der sozialistischen Revolution ihren staatlichen Gewaltapparat zerschlägt und die Diktatur des Proletariats errichtet.

# Erdgas wird 70 % teurer

**Die Ruhrgas AG, Westdeutschlands größter Erdgaskonzern, der den Markt fest in der Hand hat, kündigte an, die Erdgaspreise drastisch zu erhöhen. Um 70% soll das Erdgas in diesem Jahr teurer werden. Im April wird der Preis um 35% erhöht und der Rest dann im Oktober – wenn es wieder ans Heizen geht – draufgeschlagen.**

Erst wenige Jahre ist es her, daß Erdgas in breiterem Maße auch für den Haushalt angeboten wurde. Die Einführung war damals verbunden mit der Beteuerung der Erdgaskonzerne, daß das Erdgas billiger wäre als das bisherige Gas aus den Kokereien. Und tatsächlich war anfangs das Erdgas – ob fürs Kochen oder Heizen – billiger als Strom oder Öl. Viele Familien ließen sich daraufhin Gasheizung in der Wohnung legen – in der Hoffnung, sich dies bequeme Heizen jetzt leisten zu können. Doch nachdem sich die Gaskonzerne erst einmal einen etwas größeren Markt für Erdgas geschaffen hatten, viele Haushalte sich auf Erdgas umgestellt hatten, wurden die Preise ständig erhöht. Die 70% Preiserhöhung, die in diesem Jahr ins Haus steht, bedeutet für eine kleine Dreizimmerwohnung eine Verteuerung der Heizkosten von 30 bis 40 DM monatlich. Viele werden sich überlegen müssen, ein Zimmer weniger zu heizen. Ist eine Umstellung auf Kohle oder Strom schon wegen der Neuanschaffung von Heizung, Herd usw. unmöglich, so würde sie auch nichts ändern: Denn auch Kohle ist allein im letzten Jahr schon um 22% teurer geworden, Strom um 16,8%. Die Strompreise werden jetzt erneut erhöht werden.

Begründet wird die Preiserhöhung für Erdgas mit den hohen Preisen für Erdöl, wenngleich beides nichts weiter miteinander zu tun hat, außer, daß die Preise bei beiden von denselben Monopolen festgelegt werden. So waren es Esso, Shell und Gelsenberg, die die Ölpreise in Westdeutschland in die Höhe jagten, um dann festzustellen, sie müßten ihre Gaspreise den Ölpreisen anpassen – aus „volkswirtschaftlichen Gründen". Hinter diesen „volkswirtschaftlichen Gründen" steckt jedoch nichts anderes als der eine Grund: Öl- und Erdgasmonopole wollen ihre Profite noch mehr in die Höhe treiben.

Diese unverschämten Preiserhöhungen auf dem Energiesektor zeigen, daß die Parole der D„K"P-Revisionisten, der Staat solle einen „Preisstop" für Öl, Erdgas usw. verhängen, eine bewußte Irreführung ist. Wer ist es denn, der die Preise für Erdgas erhöht? Die „Ruhrgas AG", das ist der Zusammenschluß von Esso, Shell und der staatlichen „Gelsenberg AG" zu einem Erdgasmonopol. Die staatlichen Konzerne treiben also nicht minder die Preise hoch als die anderen Monopole auch – und das kann und wird sich im Kapitalismus auch nicht ändern. Der kapitalistische Staat – das ist der Herrschaftsapparat des Imperialismus zur Durchsetzung der Interessen der Monopole gegen die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung. Seine Aufgabe ist es, die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen gegen ihren Widerstand durchzusetzen – und sei es mit Gewalt, den Monopolen aber die Profite zu sichern und zu erhöhen. An den Herrschaftsapparat des Imperialismus die Forderung nach Preisstop für Gas, Öl usw. gegen die imperialistischen Monopole zu stellen oder die „Verstaatlichung der Öl- und Gaskonzerne" zu fordern, heißt, unter den Werktätigen Illusionen über ihre Feinde zu verbreiten, heißt, die Werktätigen in ihrem Kampf gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung vom konsequenten Kampf gegen ihre Feinde abzuhalten. Genau das ist das Handwerk der D„K"P-Revisionisten und ihrer „Preisstop"-Parole.

# Pressemitteilung



„Um 2.30 Uhr wurde unser Haus von drei Hundertschaften der Polizei umstellt. Einsatzbereit waren zwei Wasserwerfer, drei Hundertschaften und ein Arbeitskommando der Polizei. Sie besetzten mit entsicherten MPs und Pistolen die vier Etagen des Hauses. Im Erdgeschoß wurden drei Türen aufgebrochen, obwohl die Hausbewohner der Polizei sagten, daß sie warten solle, bis die Schlüssel geholt seien.

In unserem Jugendzentrum wurde das Mobilar von ihnen mutwillig zerstört, der Raum verwüstet. Beim Durchsuchen wurden mutwillig ohne ersichtlichen Grund 27 Fensterscheiben und 2 Spiegel eingeschlagen. Weiterhin wurden Waschmaschinen, zwei Plattenspieler und ein Fernseher demoliert, Schallplatten zerbrochen, ein Radio eingetreten, eine Schreibmaschine mitgenommen. Beim Auftreten der Türen wurden die Rahmen demoliert und teilweise herausgebrochen. Ferner wurden Mobiliar und Geschirr massenhaft zerstört. Im ersten Stock wurden drei Hausbewohner praktisch im Schlaf überrascht und aus den Hochbetten geschmissen. Im zweiten Stock wurden weitere drei Personen aus dem Schlaf gerissen, während man in das Schlafzimmer nebenan 10 Tränengasbomben warf. Eine der drei Personen wurde bei ihrer Festnahme mit einem Polizeipistolengriff niedergeschlagen und die Treppe hinuntergeworfen. Alle Hausbewohner wurden mit entsicherten Pistolen bedroht. Es wurde kein Durchsuchungsbefehl vorgezeigt, beschlagnahmt wurden Aktenordner, private Unterlagen. Es wurde uns kein Protokoll ausgehändigt. (. . .) Da die Polizei seit der Entführung von Lorenz unser Haus durch Zivilbeamte beobachten ließ, wußte die Polizei, daß wir mit der Entführung in keinem Zusammenhang stehen konnten. Darum betrachten wir die brutale Hausdurchsuchung als eine Schikane und Einschüchterung. . . .

**Thomas-Weisbecker-Kollektiv"**

## Kurz berichtet

**DUISBURG**

Am Samstag verkauften drei Genossen in Duisburg die Sonderausgabe der ROTEN HILFE zur Gründung der RHD. Auf der ersten Seite dieser Zeitung wird noch einmal auf die Ermordung des Genossen Günter eingegangen. Plötzlich kam der Polizeibeamte Schabronat, der auch beim Einsatz in der Arbeitsgerichtsverhandlung des Genossen Hanfried beteiligt war. Er verlangte die Personalien der Genossen. Als Genossin Beate Kohncke dazukam, Landtagskandidatin der KPD/ML in Duisburg, stürzten sich sofort drei zivile Polizeibeamte auf sie und versuchten, sie wegzuzerren. Die Genossin entlarvte diesen Polizeiangriff vor den Passanten. Rund 60 Menschen sammelten sich an, die sehr empört über dieses Vorgehen der Polizei waren. Den Polizisten blieb schließlich nichts anderes übrig, als sich zurückzuziehen. Schabronat: „Es sind jetzt zu viele Leute hier." Genossin Beate ging anschließend mit einer der anwesenden Frauen auf das nächste Polizeirevier, um Anzeige wegen Körperverletzung zu erstatten. Die Annahme der Anzeige wurde aber mit der Begründung verweigert, der Einsatz wäre gerechtfertigt gewesen. Die anderen Genossen verkauften an die Passanten noch 16 ROTE MORGEN und 19 ROTE HILFE-Zeitungen.

**HANNOVER**

Der KSB/ML Hannover führte in der vergangenen Woche eine Kampagne anläßlich des Berufungsprozesses gegen die vier Angeklagten im Antikriegstagsprozeß in München durch. Den Genossen gelang es dabei, allein in der Mensa der Technischen Universität innerhalb von zwei Stunden 120 Unterschriften für die sofortige Einbürgerung des Genossen Sascha zu sammeln. Insgesamt sind es jetzt 160.

**KIEL**

Vor kurzem spielte das „Rote Sprachrohr" Kiel in einem Jugendheim in einem Kieler Vorort. Sie waren dazu von einem Kollegen, der dort mitarbeitet, eingeladen worden. Nach einer Diskussion über die Lage der Jugendlichen im Kapitalismus spielten die Genossen ihr Stück „Klasse gegen Klasse". Die Versammlung dauerte insgesamt drei Stunden. Es nahmen daran rund 20 Jugendliche teil, von denen die meisten noch nie etwas vom Marxismus-Leninismus gehört hatten.

**BERICHTIGUNG**

Irrtümlicherweise schrieben wir im letzten ROTEN MORGEN, daß ein Beispiel dafür, daß die GRF bei den Wahlen in Westberlin mit ihrem reformistischen Programm vor allem unter dem Kleinbürgertum Stimmen gefangen hat, der Stimmbezirk Wilmersdorf mit 3,5% für die GRF sei. Dieses Beispiel ist falsch und beruht auf einem Druckfehler in der bürgerlichen Presse. Dessenungeachtet stimmt es auch weiterhin, daß die GRF die höchsten Stimmenanteile in lumpenproletarischen bzw. von Studenten stark besiedelten Vierteln wie den 36er Bezirk von Kreuzberg erreichte, wo sie zum Beispiel in der Naunynstr. 6,8% erlangte, oder in der Moabiter Stephanstr., wo heute das „Sozialistische Büro" seinen Sitz hat und früher die Kommune I hauste. In den Neubauvierteln Westberlins dagegen, den Vierteln also, wo die aus den Sanierungsvierteln vertriebenen Arbeiterfamilien zusammengedrängt sind, ist, wie die „Rote Fahne" 9/75 schreibt, „ein eindeutiger Stimmabfall zu verzeichnen".

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–460 Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 3[…] Erscheinungsweise wöchentlich samstags Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

## Demag/Kalletal

# Kollegen kämpfen gegen Stillegung

**Am 2. März traten die 600 Arbeiter und Angestellten des zum Mannesmannkonzern gehörenden Werkes Demag im Kalletal in den Streik und besetzten den Betrieb. Schon seit dem 9. Januar kämpfen die Arbeiter und Angestellten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, haben sie Warnstreiks, Demonstrationen und kurze Arbeitsniederlegungen durchgeführt.**

Seit dieser Zeit haben die Kapitalisten die Bespitzelung und Kontrolle der Arbeiter ständig verschärft, um ihren Kampf zu unterdrücken. Sobald nur einige Kollegen zusammenstanden, sich unterhielten oder sich berieten, wurde ihnen befohlen, auseinanderzugehen und mit Entlassung gedroht. Als Personalchef Langer, der bei den Kollegen besonders verhaßt ist, am 27. Februar erneut einigen Kollegen mit Entlassung drohte, beschlossen die Vertrauensleute den Streik. Sie forderten seine Entlassung und beschlossen, ihn nicht mehr auf das Betriebsgelände zu lassen. Sie bekräftigten erneut die alten Forderungen der Arbeiter nach der Erhaltung ihrer Arbeitsplätze unter der Losung: Keine Stillegung!

Der Streik begann am Montag morgen um sechs Uhr. Ihm hatten sich auch die Kollegen des Zweigwerkes in Vlotho angeschlossen, die auf Aufforderung einiger Vertrauensleute nach Kalldorf gekommen waren. Entschlossen bildeten die Kollegen Ketten als Langer erschien und ließen ihn nicht in das Werk.

Um einer Aussperrung oder einer Demontage der Maschinen zuvorzukommen, beschlossen die Kollegen kurz darauf die Besetzung des Betriebes. Die Arbeiter organisierten einen Schichtdienst, um das Werk rund um die Uhr besetzt halten zu können und stellten jeweils 40 - 50 Kollegen als Streikposten vor den Schlagbaum am Werkseingang. Die Kampfentschlossenheit der Kollegen war sehr groß. **Sie kämpften schon nicht mehr nur für die Entlassung von Langer, sondern hauptsächlich gegen die Stillegung des Betriebes. Sie erklärten: *„Wir kämpfen jetzt um den Sieg, denn für uns gibt es nichts mehr zu verlieren!“***

**Die Arbeiter waren auch entschlossen, sich gegen die Polizei zur Wehr zu setzen, falls diese versuchen sollte, das besetzte Werk mit Gewalt zu räumen.**

Angesichts dieser Kampfentschlossenheit der Arbeiter verstärkten die Handlanger der Kapitalisten im Betriebsrat und der Vertrauenskörperleitung ihre offenen und versteckten Bemühungen, den Kampf zu unterdrücken. Als erster erschien der Bevollmächtigte der IGM am Montag bei den Kollegen, um sie im Auftrag der Werksleitung zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Dieser Herr erntete aber nur ein Lachen der Kollegen.

Um die Kollegen vom Weg des unversöhnlichen Klassenkampfes abzuhalten, verbreiteten die IGM und besonders die modernen Revisionisten der D„K“P immer wieder Mitbestimmungsillusionen unter den Kollegen. Den ganzen Montag über hatten sie z. B. große Transparente am Werkseingang aufgespannt mit der Inschrift: „Wer schützt uns vor Unternehmerwillkür — wir wollen echte Mitbestimmung“, um unter den Kollegen die Illusion zu verbreiten, daß nicht das kapitalistische System, sondern die „Willkür einzelner Unternehmer“ die Ursache für Massenentlassungen und Stillegungen ist.

Während die Kollegen entschlossen waren, den Kampf gegen die Stillegung weiterzuführen, verhandelte Betriebsrat Ackermann mit den Mannesmannkapitalisten lediglich über die Entlassung Langers. Und er verriet auch diese Forderung der Kollegen. Als die Mannesmannkapitalisten erklärten, daß Langer nicht kompetent sei, Entlassungen vorzunehmen, empfahl er den Vertrauensleuten, die Besetzung abzubrechen. Auf diese Weise gelang es den Kapitalisten und ihren Handlangern, den Kampf der Arbeiter vorläufig abzuwiegeln, so daß sie die Arbeit wiederaufnahmen.



**Die ca. 200 Arbeiter des Demag-Zweigbetriebes in Kalletal halten das Werk besetzt sie kämpfen damit gegen die beabsichtigte Stillegung des Werkes.**

# KPD/ML aus GOG ausgeschlossen

**Im Januar wurde Genosse Jochen Beyer, der Vertreter der KPD/ML in der Gewerkschaftsoppositionellen Gruppe bei Opel Bochum mit der Begründung, er würde durch seine politischen Auffassungen die Arbeit der GOG behindern, ausgeschlossen. Sein Ausschluß ist der vorläufige Höhepunkt der schweren Auseinandersetzungen, die schon seit langem in der GOG über die richtige Gewerkschaftspolitik geführt werden (vgl. auch RM 52/74).**

Die Führer der GOG, vor allem die Betriebsräte Schmitz und Schaumberg, hatten immer klarer eine Politik betrieben, die auf die Zusammenarbeit mit dem imperialistischen, arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat hinausläuft. Sie versuchten jeden Schritt, der grundsätzlich im Widerspruch zu diesem Apparat stand, zu verhindern. Ihre „Kritik“ des IGM-Apparates bestand darin, ihn auf seine „eigentlichen Aufgaben“ hinzuweisen. So wollten sie den Eindruck erwecken, als ob der IGM-Apparat grundsätzlich die Interessenvertretung der Arbeiter sei, den man durch Kritik, Vorschläge und durch Druck von unten — kurz gesagt durch „Demokratisierung“ — dazu bewegen könnte, die Interessen der Kollegen zu vertreten.

**Deshalb traten die Führer der GOG auch gegen den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition auf und bekämpften den revolutionären, unversöhnlichen Klassenkampf gegen die Kapitalisten, den DGB-Apparat, die modernen Revisionisten der D„K“P und alle Verräter am Kampf der Arbeiterklasse.** Obwohl sie sich selbst Kommunisten nennen, versuchten sie, die Ausrichtung der Klassenkämpfe auf die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutersystems, auf die sozialistische Revolution zu verhindern.

Stattdessen verwandelten sie die GOG mehr und mehr in eine loyale Opposition des IGM-Apparates und drängten, während sie sich lauthals von der KPD/ML distanzierten, auf eine Zusammenarbeit mit der D„K“P und solchen Organisationen wie der spontaneistischen Gruppe „Wir wollen alles“ und sogar den Trotzkisten des „Sozialistischen Büros“.

Es war daher nicht nur eine Aneinanderreihung von zufälligen Fehlern, sondern konsequenter Ausdruck der opportunistischen Politik der GOG-Führer,
— wenn ein Betriebsrat der GOG bereits der Kurzarbeit zugestimmt hat;
— wenn die GOG, statt den letzten Streik bei Opel zu führen, wie es die meisten Kollegen erwartet hatten, darüber klagt, daß der Vertrauensleutekörper diese Aufgabe nicht übernommen hat und dazu von der Forderung der Kollegen nach 300 DM auf die Forderung der Bonzen des IGM-Apparates nach 180 DM einschwenkt;
— wenn die GOG den Kampf gegen das arbeiterfeindliche BVG aufgibt und ihre Führer dieses reaktionäre Gesetz stattdessen als Ausrede für ihr Zurückweichen heranziehen;
— wenn Schaumberg und Schmitz, statt wirklich für die berechtigte Forderung „Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit“ zu kämpfen, den Opel-Bossen Vorschläge machen wollen, wie sie Geld beim Finanzamt einsparen können usw.

Die Führer der GOG haben für die Betriebsratswahlen dieses Jahres das alte fortschrittliche Programm, durch das sie damals bei vielen Kollegen hohes Ansehen gewonnen hatten, anstatt es zu verbessern und auf eine revolutionäre Grundlage zu stellen, zur Seite gefegt und wollen nun ein durch und durch reformistisches Programm aufstellen.

Der Kampf des Genossen Jochen gegen ihre klassenversöhnlerische Politik war für die Führer der GOG deshalb gerade jetzt besonders störend. **Auch für ihre angestrebte Wiederaufnahme in die IGM können sie hoffen, daß es die Gewerkschaftsführung zu honorieren weiß, daß Jochen Beyer, nachdem er wegen seiner klassenkämpferischen Arbeit bereits von Opel gefeuert und aus der IGM ausgeschlossen wurde, nun auch auf ihr Betreiben aus der GOG ausgeschlossen wurde.** Ja, mehr noch, die GOG-Führer verhielten sich selbst wie die DGB-Bonzen, als Schmitz den unverschämten Vorschlag machte, Jochen könne in der GOG weiter mitarbeiten, wenn er seine kommunistischen Auffassungen aufgebe, oder wenigstens nicht mehr in der GOG äußern würde.

**Angesichts dieser Tatsachen ist Einheit mit den Führern der GOG nicht mehr möglich, ist eine Kritik innerhalb der GOG, um sie von ihrer klassenversöhnlerischen Politik abzubringen, nicht mehr möglich.** Jetzt steht die Aufgabe, die ehrlichen, klassenkämpferischen Kollegen in der GOG, die den Betrug ihrer Führer noch nicht voll durchschaut haben, zusammen mit den klassenkämpferischen Kollegen, die nicht in der GOG sind, zum großen Teil deshalb, weil sie enttäuscht über deren zurückweichlerische Politik sind, für den Aufbau der RGO zu gewinnen.

Gerade jetzt, wo die Führer der GOG offen gegen den revolutionären Klassenkampf auftreten, hat ihnen die „Gruppe Rote Fahne“ in einem „Offenen Brief“ eine Aktionseinheit zu den Betriebsratswahlen dieses Jahres angeboten. Es ist allerdings bezeichnend, daß die GRF den Führern der GOG die Zusammenarbeit anbietet, kaum daß diese einen Kommunisten aus den Reihen der GOG ausgeschlossen haben. Noch vor einem Jahr kämpfte die GRF wütend gegen die GOG und bezeichnete deren Führer nur als „Verräter“. Je offener also die Führer der GOG in den Sumpf des Opportunismus gerieten, je klarer sie eine Politik der Klassenversöhnung betrieben, desto wohlwollender wurden sie von der GRF behandelt.

Dafür gibt es eine einfache Erklärung, die Tatsache, daß die GRF in den entscheidenden Punkten mit der opportunistischen Politik der Führer der GOG völlig übereinstimmt. Sie leugnen die Notwendigkeit des unversöhnlichen Kampfes gegen den IGM-Apparat und verbreiten die Illusion, daß dieser Apparat im Kampf gegen die „Bonzen“ erobert werden kann und verlieren gleichzeitig kein Wort über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die modernen Revisionisten der D„K“P. **Wenn sie daneben in einem Satz von der Notwendigkeit sprechen, das „kapitalistische Lohnsystem abzuschaffen“ (das tun auch die „Kommunisten“ Schaumberg und Schmitz), dann ist das nur eine Phrase, um den wirklich revolutionären Zusammenschluß gegen den Kapitalismus und alle seine Handlanger zu verhindern.**

(Nach einem Bericht der „Zündkerze“, Betriebszeitung der KPD/ML bei Opel Bochum).

## Audi/NSU

# 10 000 Arbeiter von Entlassung bedroht

Fortsetzung von Seite 1

suchen würden, den schwarzen Peter den Arbeitern zuzuschieben ist selbst Mitglied des Aufsichtsrats von VW.

Wenige Tage, bevor den Arbeitern von Audi/NSU die Stillegungspläne für den Betrieb bekannt wurden, beschlossen VW-Bosse und IGM-Apparat einen Lohnraubabschluß von 5,8% — aus Gründen der „Stabilität“ und der Vorrangigkeit der Sicherung der Arbeitsplätze versteht sich. Nun zeigt sich auch bei Audi/NSU, wie das aussieht, wenn Kapitalisten und Arbeiter „in einem Boot sitzen“. Die Arbeiter werden bis zuletzt zu größter Arbeitshetze angetrieben, ihr Reallohn wird gesenkt und zum guten Schluß werden sie auf die Straße gesetzt. Die VW-Bosse dagegen läßt es völlig kalt, wenn eine ganze Region in Not und Unsicherheit gestürzt wird. Sie ziehen es vor, ihr Kapital verstärkt im Ausland zu investieren, wie z. B. in Südafrika, in Brasilien und Mexiko, wo sie die vom Imperialismus geschaffene Armut ausnutzen, um die gleichen Waren wie in Westdeutschland von Arbeitern herstellen zu lassen, denen sie nur rund 200 DM im Monat an Lohn zu zahlen brauchen wie z. B in Brasilien, wo sie sich bei Streiks auf den brutalen Terror der dortigen faschistischen Regimes verlassen können. Das Schicksal der Arbeiter bei Audi/NSU zeigt, es gibt für die Arbeiterklasse keine Sicherheit im Kapitalismus. Auch dann nicht, wenn der kapitalistische Staat und die IG Metall der direkte Klassengegner sind. Im Gegenteil. VW mit 17 000 Entlassungen seit Anfang des Jahres 1974 und den bevorstehenden Entlassungen von weiteren 10 200 Arbeitern ist einer der Betriebe, die am brutalsten ihren Profit auf dem Rücken der Arbeiterklasse machen. Eine sichere Zukunft mit Arbeit und ausreichendem Lohn wird es für die Arbeiterklasse erst im Sozialismus geben, wenn die Ausbeuterklasse gestürzt ist. Im Kampf gegen die drohende Massenentlassung bei Audi/NSU aber können die Arbeiter nur Erfolg haben, wenn sie sich allein auf ihre eigene Kraft verlassen.

## Revisionistisches

### PREISSTEIGERUNGEN IN POLEN

Regelmäßig taucht auch Polen in der „UZ" als Beispiel für das Paradies auf, das die Werktätigen in den angeblich sozialistischen Ländern erwartet. Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus. Durch die Ausplünderung der polnischen Werktätigen nicht nur durch die neue Bourgeoisie Polens, sondern auch durch die sowjetischen Sozialimperialisten und die gleichzeitig wachsende Abhängigkeit von den westlichen kapitalistischen Ländern, ist dort die Teuerung teilweise noch gravierender als bei uns. So wurden am 5. 2. 75 in Polen erneut die Preise für verschiedene Gebrauchsgüter erhöht. Besteck, Zink und Emaillegeschirr, Tischdecken, Haushaltsgeräte usw. wurden um 22% bis 60% teurer.

### BONZENWIRTSCHAFT

Der Bekannte einer Buxtehuder Genossin ist Leiter einer Poliklinik in der DDR gewesen. Kürzlich, so berichtete er, kamen zwei hohe Funktionäre der SED in den vollbesetzten Warteraum und forderten bevorzugte Behandlung. Der Arzt, der schon seit geraumer Zeit kommunistische Literatur auf Umwegen aus China bezog, dem die Bonzendiktatur in der DDR schon seit längerer Zeit verhaßt ist, fuhr die Funktionäre an: „Bei mir haben einfache Leute das gleiche Recht wie Sie. Hier gibt es keine Privilegien." Die Quittung für dieses mutige Auftreten erhielt der Arzt schon kurze Zeit darauf. Er wurde aus seiner Stellung gefeuert.

### NEUE SOWJETISCHE ANTREIBERMETHODE IN DEN BETRIEBEN DER DDR

Die Zeitung der modernen Revisionisten der D„K"P, die UZ, druckt in ihrer Ausgabe vom 3. März unter der Rubrik „Sozialismus konkret" einen Bericht über die „erfolgreiche Einführung" der sowjetischen Slobin-Methode ab, nach der bereits rund 40% aller Taktstraßenkollektive im Wohnungsbau der DDR arbeiten. Diese Methode unterscheidet sich allerdings überhaupt nicht von den kapitalistischen Antreibersystemen. Die UZ schreibt selbst, daß nach dieser Methode den Arbeitern „exakt definierte Aufgaben vorgegeben werden, wobei die Vorgaben mit materiellen Anreizen verbunden sind". Diese „mit materiellen Anreizen verbundenen Vorgaben" entsprechen völlig dem kapitalistischem Akkord. Und genau wie dieser für die Kapitalisten im Westen ist die Slobin-Methode für die neue Bourgeoisie in der DDR ein Mittel, um die Arbeitshetze zu steigern, um die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen. So ist z. B. in Rostock die Arbeitsproduktivität durch die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter nach der Slobin-Methode um neun Prozent erhöht worden. Die „Förderung des ökonomischen Denkens", von dem die UZ in diesem Zusammenhang spricht, ist blanker Zynismus. Gefördert und gesteigert wird hier einzig und allein der Profit der neuen Ausbeuter, die den Werktätigen in der DDR im Nacken sitzen. Die Slobin-Methode ist eine Erfindung der sowjetischen Sozialimperialisten, die sie an ihre Vasallen in der DDR importiert haben, so wie sie jetzt ihre Antreiber selbst dorthin schicken. All das hat mit Sozialismus nichts zu tun, sondern nur etwas mit imperialistischer Ausplünderung und kapitalistischer Ausbeutung der Arbeiter der DDR durch die sowjetischen Sozialimperialisten und die neuen Ausbeuter in der DDR selbst. In einem wirklich sozialistischen Land wie der VR Albanien gibt es weder eine Slobin-Methode noch einen kapitalistischen Akkord.

## Kommunistische Lehrer entlassen

# Breiter Protest gegen Berufsverbot

**Ilse und Tobias W., Lehramtsanwärter an den Gesamtschulen Schwalbach und Hattersheim, wurden nach der 2. Prüfung nicht in den Schuldienst eingestellt, weil sie Kommunisten sind. Als Begründung dafür wurde angeführt, daß beide Lehrer in einem Prozeß angeklagt sind, Plakate für die KPD/ML geklebt zu haben, mit denen der Polizeimord an dem Kommunisten Günter Routhier angeprangert wird. Bevor noch das Urteil in diesem Prozeß gefällt ist, steht ein anderes Urteil für die Bourgeoisie bereits fest: Berufsverbot.**

Nachdem die Genossen ihre Anklageschrift zum Prozeß erhalten hatten, sprachen sie darüber mit ihren Schülern. In der Klasse des Genossen Tobias, einer 10. Realschulklasse, war das Interesse am Kommunismus so groß, daß beschlossen wurde, im Deutsch-Unterricht das Kommunistische Manifest zu lesen. Als Ende Januar klar war, daß die beiden nicht eingestellt würden, kündigten die Schüler einer Klasse in Schwalbach an, sie würden in den Streik treten. Andere sammelten Unterschriften, malten Plakate.

**Die Eltern der Schüler einer Klasse wandten sich in einem Brief an den Rektor und erklärten: „Frau W. hat den Unterricht tadellos gestaltet. Schüler, Lehrerin und Eltern hatten ein gutes Verhältnis zueinander." In Hattersheim ging eine Delegation der Elternschaft zum Rektor und forderte die Weiterbeschäftigung des Lehrers Tobias W. Ein Vater sagte: „Wenn man nichts dagegen tut, daß Menschen wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt werden, dann sind wir bald wieder im Faschismus." Auf gut besuchten Personalratsversammlungen sprach sich auch die Mehrheit der Kollegen gegen das Berufsverbot aus.**

Die Schulbürokratie hat bis jetzt noch nicht offen zu der Entlassung der beiden Lehrer Stellung genommen. Man lud sie nur einfach nicht zur Vereidigung auf das Grundgesetz ein, die eine Voraussetzung für die Einstellung in den Lehrberuf ist. Stattdessen wird mit Gerüchtemacherei versucht, die Kampffront gegen die Entlassung zu spalten. So ließ der Rektor in Schwalbach das Gerücht verbreiten, Ilse W. sei längst eingestellt, was nicht stimmte. Der Ausbildungsleiter der beiden dagegen log, die beiden seien inzwischen längst rechtskräftig verurteilt und warnte gleichzeitig die anderen Referendare vor Streiks und Demonstrationen.

Ende Februar verteilte die ROTE GARDE ein Flugblatt vor den Schulen, das zum Kampf gegen die Entlassungen aufrief und zeigte, daß dieser Staat nicht daran denkt, den Kindern der Werktätigen eine gute Ausbildung zu gewähren, sondern im Gegenteil die Lehrer, die sich für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzen, aus dem Schuldienst wirft. In diesem Flugblatt wurde gleichzeitig zu einer Veranstaltung und zur Unterzeichnung von Solidaritätslisten aufgerufen. **Auf die Veranstaltung kamen Lehrer aus verschiedenen Schulen, Schüler beider Gesamtschulen und ein Vater. Zur Unterstützung von politischen Prozessen wurden von den Anwesenden 151,50 DM gesammelt. Bei einem Informationsstand der KPD/ML und bei dieser Veranstaltung unterschrieben über 100 Menschen die Forderung nach sofortiger Wiedereinstellung und für den Freispruch der beiden Genossen.**

### KOMITEE GEGEN BERUFSVERBOTE GEGRÜNDET

Nachdem ihnen bereits vor mehreren Monaten mit Entlassung gedroht worden war, wurde dem kommunistischen Lehrerehepaar Horst und Renate G. jetzt zum 31. 3. 75 gekündigt. In der Entlassungsbegründung gegen die beiden wird ausdrücklich auf das Programm und Statut der KPD/ML verwiesen. Die Partei in Reutlingen hat gegen die Entlassungen den Kampf aufgenommen. Vor den Betrieben und in den Stadtvierteln wurden Flugblätter gegen das Berufsverbot und zur Gründung eines Komitees gegen das Berufsverbot verteilt. Am 27. 2. wurde dieses Komitee mit 27 Teilnehmern gegründet. Gleich auf der nächsten Sitzung wurde ein Flugblatt verfaßt, für dessen Herstellung 108 DM gesammelt wurden. Am Samstag, den 15. 3. 75 haben die Partei, die Rote Hilfe und das Komitee gegen das Berufsverbot zu einer Demonstration in Reutlingen aufgerufen.

## KHD/Köln

# Rote Liste aufgestellt

**Zu den Betriebsratswahlen bei Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) in Köln wird in diesem Jahr eine Rote Liste zur Wahl stehen. 73 deutsche und 83 ausländische Kollegen unterstützten mit ihrer Unterschrift die drei Kandidaten der Roten Liste, weit mehr, als für die Zulassung der Liste zur Wahl notwendig sind. Das ist ein schwerer Schlag für die Kapitalisten und ihre Handlanger, den alten reaktionären Betriebsrat, den IGM-Apparat, die modernen Revisionisten der D„K"P und die opportunistischen Gruppen GRF und „K"BW, ein Sieg der revolutionären Linie unserer Partei.**

Die große Unterstützung der Kollegen für die Kandidaten der Roten Liste ist Ausdruck ihrer Empörung und Unzufriedenheit mit dem Gewerkschaftsapparat und besonders dem alten, offen reaktionären Betriebsrat. Die Arbeiter von KHD haben den Lohnraubabschluß der IGM von 6,8% im Februar noch frisch in Erinnerung. Fünftausend von ihnen waren spontan in den Streik getreten, als die Metallkapitalisten die Schlichtung platzen ließen, in der die IGM-Bonzen schon einem Abschluß von 7% zugestimmt hatten. Ihr Kampf war verraten und abgewürgt worden, und viele Kollegen hatten sich von vornherein an diesem Streik nicht beteiligt, weil sie der Meinung waren, daß sie von den IGM-Bonzen verraten und verkauft werden. Die Empörung und Erbitterung der Kollegen über den alten Betriebsrat und den Gewerkschaftsapparat kam auch immer wieder in den Gesprächen und Diskussionen zum Ausdruck, in denen oft die Meinung zu hören war, daß die „Gewerkschaften für das Kapital arbeiten". Die spontane Empörung der Kollegen über den IGM-Apparat und den alten Betriebsrat war die Grundlage für den erfolgreichen Kampf für die Aufstellung der Roten Liste.

Dies allein genügte jedoch nicht. Entscheidend für den Erfolg war, daß die Kandidaten der Roten Liste vielen Kollegen bekannt sind als revolutionäre, klassenkämpferische Kollegen, die immer an ihrer Seite gestanden hatten und zu denen sie Vertrauen haben konnten. Darüber hinaus beteiligte sich eine Reihe von Kollegen aktiv am Kampf für die Aufstellung der Roten Liste, sie sammelten selbst Unterschriften und warben in ihren Abteilungen für die Unterstützung der Liste. Sie konnten sich dabei auf ein Flugblatt der Betriebszelle der Partei stützen, in dem zur Abgabe der Unterschrift für die Rote Liste aufgerufen wurde. In diesem Flugblatt wurden auch die grundlegenden Punkte des Programms der Roten Liste veröffentlicht: der Kampf gegen das reaktionäre BVG und den imperialistischen DGB-Apparat für den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition; der Kampf gegen die politischen Entlassungen und die einheitliche Front der deutschen und ausländischen Kollegen, der Männer und Frauen, von jung und alt; der Kampf gegen die modernen Revisionisten der D„K"P.

In zahlreichen Gesprächen erklärten die Genossen den Kollegen die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes und sie erläuterten den Kollegen anhand ihrer eigenen Erfahrungen, daß es nicht genügt, einzelne reaktionäre Gewerkschaftsführer zu bekämpfen, in der Hoffnung, auf diese Weise den Gewerkschaftsapparat erobern zu können, sondern daß sie sich auf revolutionärer Grundlage gegen den Gewerkschaftsapparat zusammenschließen müssen, um im Kampf gegen das Kapital Erfolge zu erringen.

Die Kapitalisten und ihre Handlanger wurden von dem energischen Kampf für die Rote Liste überrumpelt, versuchten aber dennoch alles mögliche, um ihre Aufstellung zu verhindern. So wurde einer der Kandidaten der Roten Liste von den Kapitalisten mit der Begründung, daß er während der Arbeitszeit keine Unterschriften sammeln darf, mündlich verwarnt, und die Meister und Vorarbeiter setzten vor allem die ausländischen Kollegen unter Druck, indem sie ihnen erzählten, daß sie in die Türkei zurückgeschickt würden, wenn sie ihre Unterschrift für die Rote Liste geben.

Die Bonzen der IGM befahlen den Vertrauensleuten, alles zu unternehmen, um die Liste zu verhindern. Angesichts der breiten Unterstützung wagten diese es aber nicht, offen gegen die Kandidaten oder die Kollegen, die ihre Unterschrift gegeben hatten, vorzugehen.

Die modernen Revisionisten der D„K"P und vor allem die Opportunisten des „K"BW hetzten gegen die Rote Liste, stellten sie als Spalter hin und forderten eine „starke Liste der IGM". Die GRF lehnte es ab, die Rote Liste zu unterstützen, sie stellte eine eigene, opportunistische Liste auf, in der sie die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Gewerkschaftsapparat und die modernen Revisionisten leugneten.

**Trotzdem ist es gelungen, den Kampf für die Aufstellung der Roten Liste erfolgreich zu Ende zu führen. Die Kollegen auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes noch fester zusammenzuschließen und die Erfolge, die bis jetzt schon errungen worden sind, für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu nutzen, das ist die Aufgabe, die jetzt vor den Genossen der Partei und der Roten Liste steht.**

## Vom Aufbau des Sozialismus

### DIE LANDWIRTSCHAFT IN ALBANIEN GEHT ALLE AN

Tausende von Bauern, die in den Ruin getrieben wurden, weitere tausende, die zusätzlich arbeiten, um ihren Hof nicht aufgeben zu müssen auf der einen Seite, fortwährend steigende Lebensmittelpreise auf der anderen Seite, das ist die Situation der werktätigen Bauern und der Bevölkerung in den Städten im Kapitalismus. Denn hier dient die Landwirtschaft nicht der Befriedigung der Bedürfnisse der werktätigen Massen, sondern den Profiten der EG-Monopole.

Im sozialistischen Albanien dagegen, wo die Arbeiterklasse die Macht hat, wurden auch die werktätigen Bauern von der Ausplünderung durch die Grundherren befreit, gibt es keine Monopole, die tausende von Bauern enteignen, Lebensmittel tonnenweise vernichten und auf der anderen Seite mit hohen Preisen für elementare Lebensmittel die Ernährung für die Werktätigen immer schwieriger machen. Im sozialistischen Albanien ist die Landwirtschaft das Anliegen des ganzen Volkes geworden, ihre Erträge kommen allen zugute. Vor allem seit die Kollektivwirtschaft auf dem Land verwirklicht ist, nimmt die landwirtschaftliche Produktion einen ständigen Aufschwung. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist das letzte Jahr. So wurde der Plan für die Weizenproduktion um 111% übererfüllt. 20% mehr Milch und Fleisch als im Jahr zuvor wurden produziert, 76% mehr Eier usw. 1975 soll die landwirtschaftliche Produktion um weitere 15,9% anwachsen. Der Anfang für die Erfüllung dieses Ziels ist mit sehr guten Ergebnissen bei den jetzt anliegenden Arbeiten bereits gemacht.



**Das albanische Volk macht große Fortschritte beim sozialistischen Aufbau in der Landwirtschaft und in der Industrie.**

Weil die Landwirtschaft die Grundlage für die Wirtschaft und die Versorgung des Volkes ist, nehmen auch die Werktätigen in der Stadt regen Anteil an ihrer Entwicklung. Zehntausende von Stadtbewohnern gehen deshalb aufs Land, um an den verschiedensten Fronten bei der landwirtschaftlichen Arbeit zu helfen. So zogen Arbeiter aus 17 Betrieben und Schüler aus Shkodra zu einem konzentrierten Schlag auf die Felder des Gebiets. Innerhalb eines Tages eröffneten sie 16 km Bewässerungskanäle, bereiteten eine große Fläche Land vor, die für die Frühjahrsaussaat vorgesehen ist. Ähnliche Initiativen der Stadtbevölkerung gibt es zum Beispiel in Fieri, in Tirana und vielen anderen Städten.

So wird durch die Arbeit, die gegenseitige Hilfe, das revolutionäre Bündnis zwischen der Kollektivbauernschaft und der Arbeiterklasse weiter gefestigt — zum Nutzen der gemeinsamen Sache, zum Nutzen des weiteren Aufbaus des Sozialismus.

## 55 Jahre Kapp-Putsch

# Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der bürgerlichen Republik!

**Am 13. März 1920 marschierten in Berlin morgens um 6 Uhr die Truppen der Marinebrigaden der Freikorps Löwenfeld und Ehrhardt ein. Reichswehr, „Sicherheitswehr" und „Bürgerwehr" verhielten sich loyal oder begrüßten freudig den Putsch, den Aufmarsch der Konterrevolution gegen das deutsche Proletariat. Wenige Stunden später erfolgte das Dekret: „Die bisherige Regierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den mitunterzeichneten Generallandschaftsdirektor Kapp als Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten übergegangen". Die Militärdiktatur war erreicht.**

**Zwar riefen auch die geflohenen SPD-Regierung samt ihrer reaktionären Parteiführung, die rechten USPD-Führer sowie die reaktionäre Gewerkschaftsführung das Proletariat zum Generalstreik auf, doch sie waren es, die das Proletariat, als es sich erbob, um heldenhaft für seine Klasseninteressen zu kämpfen, verrieten. Allein die KPD stand entschieden an der Spitze des Proletariats, um ihm in seinem Kampf den revolutionären Ausweg und sein Ziel zu weisen, die Diktatur des Proletariats.**

Die offen auftretenden Kräfte des Kapp-Putsches, das waren die ostelbischen Junker und Großagrarier, der reaktionärste Flügel der deutschen Konterrevolution, an deren Spitze die Kapp, Lüttwitz und Jagow standen, die bereits während der Novemberrevolution mit Mord und blutigem Terror über das Proletariat hergefallen waren. Unter ihnen auch der Hauptmann Pabst, der Meuchelmörder an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, den Führern des kämpfenden Proletariats und seines Spartakus-Bundes. Ihr Ziel des Putsches war es, dem Junkertum wieder die Stellung im Reich und im Staatsapparat zu erobern, die es im Verlauf der Novemberrevolution verloren hatte. Doch wäre der Putsch vom 13. März undenkbar gewesen, hätten nicht im Hintergrund die führenden Vertreter des Monopolkapitals die Stinnes, Mannesmann und von Borsig gestanden, die den Putschisten finanzielle und politische Unterstützung gaben, in der Hoffnung durch die offene Militärdiktatur eines Kapp und Lüttwitz die Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung und die Sicherung ihres Maximalprofits erreichen zu können.

**Für die Arbeiterklasse, die sich zum Kampf gegen die Militärdiktatur erhob, war die entscheidende Frage die der Stoßrichtung: Gegen den Militärputsch für die bürgerliche Republik — oder gegen die neue wie die alte Regierung, für die Räterepublik, für die Diktatur des Proletariats.**

Die SPD-Regierung, die Ebert, Bauer und Noske hatten sich noch in der Nacht zum 13. März aus Berlin auf und davon gemacht — jedoch nicht ohne das Proletariat, das sie getreten, gemordet und verraten hatten, um Hilfe anzuflehen und zum allgemeinen Generalstreik gegen den Putsch aufzurufen. „Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Zwist beiseite!" Eben diejenigen, die den „Zwist" in die Arbeiterbewegung hineingetragen hatten, die die revolutionären Prinzipien des Marxismus verraten, die II. Internationale gespalten und sich auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen hatten, die das Proletariat für die Imperialisten auf die Schlachtfelder hetzten, die mit Illusionen über die „demokratische Republik", den „friedlichen gemeinsamen Weg zum Sozialismus" das Proletariat in der Novemberrevolution um die deutsche Räterepublik gebracht hatten riefen jetzt: „allen Zwist beiseite". Doch auch diesmal galt dieser Ruf lediglich einem Ziel: die breiten Massen auf die Einheit für die bürgerliche Republik, auf die Einheit mit der Bourgeoisie einzuschwören. Auch jetzt, wo sie vom Monopolkapital vorübergehend ins Abseits geschoben worden waren, blieben die reaktionären SPD-Führer ihrem Verrat treu, liebdienerten sie vor dem Monopolkapital und verbreiteten wiederum Illusionen über die Perspektiven, die die bürgerliche Republik der Arbeiterklasse zu bieten habe, wenn die Kapp und Lüttwitz von der Arbeiterklasse erst einmal vertrieben worden seien.

Trotz all ihrer Verbrechen gegen die Arbeiterklasse, trotz des Noske-Regimes besaß die SPD noch immer unter den Werktätigen Einfluß, den die reaktionären Führer zur Abwiegelung und Spaltung benutzten. Sie wollten vor allem verhindern, daß die Arbeiterklasse nicht nur für den Sturz der Kapp-Regierung, sondern für die Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie kämpfte

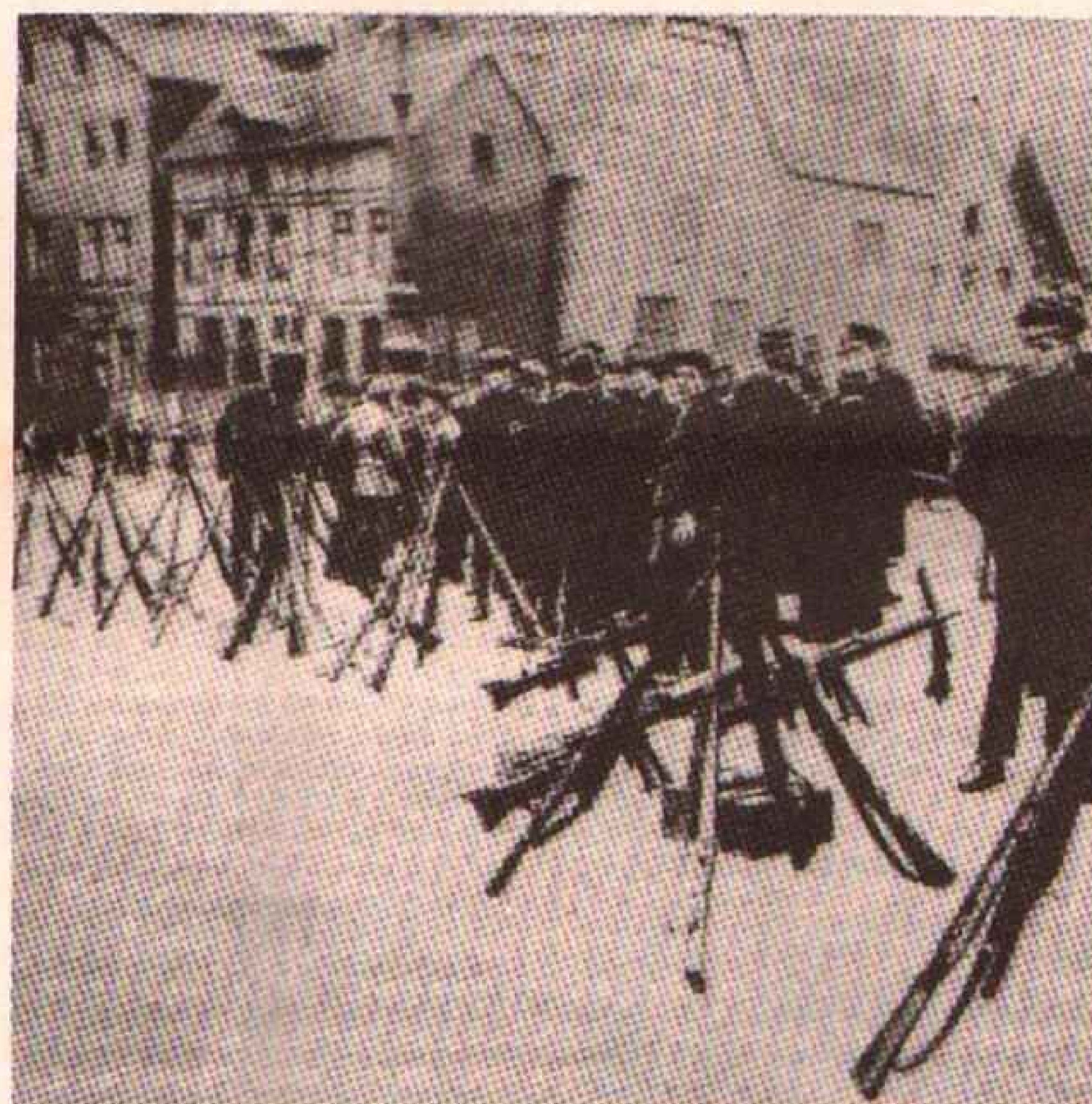
Schützenhilfe erhielt die reaktionäre Sozialdemokratie dabei von den rechten Führern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der USPD. Diese Partei, die bei ihrer Gründung, bei ihrer Abspaltung von der verräterischen SPD eine großartige revolutionäre Rolle spielte, aus deren besten Kräften Spartakus hervorgegangen war, besaß zwar auch während der Kapp-Kämpfe noch viele revolutionäre Mitglieder, die zum Kommunismus strebten und verfügte über Führer, die unermüdlich sich für den revolutionären Kampf des Proletariats einsetzten, doch die rechte Führung der Partei versackte immer mehr im Opportunismus und ging unausweichlich den Weg des Verrats. Lenin charakterisierte diese Führer: **„Diese Herrschaften sind völlig außerstande, wie Revolutionäre zu denken und zu urteilen. Das sind weinerliche spießbürgerliche Demokraten, die dem Proletariat noch tausendmal gefährlicher sind, wenn sie sich als Anhänger der Rätemacht und der Diktatur des Proletariats ausgeben, denn in Wirklichkeit werden sie in jedem schwierigen und gefährlichen Augenblick unweigerlich Verrat begehen... in der „aufrichtigsten" Überzeugung, daß sie dem Proletariat helfen!"** Genau das bestätigte sich im Verlauf der Kapp-Kämpfe. In der Phrase kamen die USPD-Führer dem revolutionären Drang der Arbeiter zwar weit entgegen und stellten sogar die Parole auf: „Es gilt den Kampf für die Freiheit! Es gilt den Kampf für den revolutionären Sozialismus!" Doch sie zeigten mit keinem einzigen Wort dem Proletariat, was es tun muß, welchen Weg es gehen muß, um dorthin zu gelangen. Sie, die unter der städtischen Arbeiterschaft den breitesten Einfluß und am stärksten organisiert waren, fielen dem Proletariat in den Rücken, indem sie im entscheidenden Augenblick der Kämpfe das Proletariat zur Einstellung aller Kampfmaßnahmen und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderten.

Einzig die KPD trat für die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse ein und stellte sich an die Spitze des kämpfenden Proletariats. Obgleich die Partei noch jung war, hatte sie bereits einen bedeutenden Einfluß, doch ihre organisierte Basis, vor allem nach der kurz zuvor erfolgten Auseinandersetzung und Spaltung mit der KAPD, war noch sehr gering. Besaßen SPD und USPD in Berlin z. B. etwa 100 000 Mitglieder, so verfügte die KPD gerade noch über einige hundert. Hinzu kamen ideologische Schwächen, rechte und linke opportunistische Strömungen, die der Partei im Innern zu schaffen machten. Ausdruck dieser Schwierigkeiten war auch das anfängliche Zögern der Partei, sich an die Spitze des Kampfes zu setzen, als das Proletariat sich in den verschiedenen Teilen des Landes noch am 13. März erhob und in den Generalstreik trat. Doch schon im Flugblatt der Zentrale vom 14. März erwies sich die Kommunistische Partei als die einzige Vorhut der proletarischen Revolution. Sie stellte die Forderungen auf, die dem Proletariat das richtige Ziel wiesen:

**Für den Generalstreik! Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der bürgerlichen Demokratie! Alle Macht den Arbeiterräten! Die Kommunisten sind gegen die Regierung Ebert-Noske-Bauer, gegen die Wiederaufrichtung einer Regierung mit bürgerlichem Unterbau, mit Parlament und Staatsbürokratie, gegen die Neuwahl der Nationalversammlung!..."** Und in einem Flugblatt am nächsten Tag wies sie dem Proletariat den Weg, auf dem es gegen die Militärdiktatur und gegen die bürgerliche **Republik** kämpfen mußte:

„1. **Bewaffnung der Arbeiter!**
d. h. Ausgabe von Waffen an alle Arbeiter durch die Streikleitung, Zusammenfassung der bewaffneten Arbeiter zu **Arbeiterwehren!**
2. Unschädlichmachung der gegenrevolutionären Offiziere
3. Keine Wiederkehr der Ebert-Noske-Regierung!
4. **Wahl von Arbeiterräten!**
zur einheitlichen Leitung des Kampfes. Tretet sofort betriebsweise zusammen."

Obgleich keine revolutionäre Situation bestand, in der die breiten Massen des Proletariats unmittelbar bereit gewesen wären, die Entscheidungsschlacht um die Macht zu führen, entsprachen die Forderungen der KPD nach Bewaffnung der Arbeiter und Wahl von Arbeiterräten den Bedingungen des Kampfes. In einem Rundschreiben der Zentrale heißt es zur Einschätzung der Situation **„Genossen! Ihr werdet uns fragen, welche Parolen wir euch geben. Wir wissen, und wir hoffen mit euch einig zu sein, daß für die Errichtung der Räterepublik der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist.**



**Die Bewaffnung des Proletariats eine Vorraussetzung für den Sieg der Revolution**

**Wir haben aber die Pflicht, aus diesem Kampf alles herauszuholen, was für das Proletariat nur irgend herauszuholen ist. Wir haben die Pflicht, auf dem Wege zu unserem Ziel so weit wie möglich zu gehen. Das Ziel in diesem Kampf wird uns gesteckt durch die revolutionäre Energie des Proletariats und durch die geistige Reife des Proletariats. Was aber erreicht werden kann und unseres Erachtens erreicht werden muß, ist erstens die Bewaffnung des Proletariats, (...), die Wahl von Arbeiterräten überall, damit wir der kommenden Regierung, auch wenn sie diesmal nicht aus den Arbeiterräten hervorgehen sollte, als organisierte Macht gegenüberstehen."**

Der klare revolutionäre Standpunkt der KPD war der, daß es die relative Schwäche der Bourgeoisie unbedingt auszunutzen galt, um die Bedingungen für die sozialistische Revolution des Proletariats so weit wie nur möglich zu verbessern. Zwar wollte die alte, von den Kappisten abgesetzte Regierung keine Waffen ausgeben — und konnte es auch nicht, aber sie war auch nicht imstande, die Bewaffnung des Proletariats zu verhindern. Die Kapp-Regierung aber, durch den Generalstreik geschwächt, in Widersprüche mit anderen Teilen der Bourgeoisie verwickelt, war zu schwach, um die Bewaffnung der Arbeiter zu verhindern. Mit der Bewaffnung des Proletariats aber war zwar keine revolutionäre Situation entstanden, doch eine wichtige Voraussetzung für die Niederschlagung des kapitalistischen Systems und des bürgerlichen Staatsapparates geschaffen.

Hatten die Führer der SPD und USPD in Berlin sich gegen die Bildung von Räten ausgesprochen, weil sie fürchteten die politische Fürhung der Kämpfe zu verlieren und ihren Einfluß zu verringern, so sahen sie sich im Ruhrgebiet von vornherein gezwungen, sich an den Arbeiterräten, die vielfach in der einfachsten Form der Aktionsausschüsse gebildet worden waren, zu beteiligen, wollten sie sich nicht isolieren. In den verschiedenen Räten versuchten die Führer von SPD aber auch der USPD sich gegen die Bewaffnung des Proletariats stellen. Zumal als erstes die „Sicherheitswehren" und „Bürgerwehren", die eng mit der städtischen Kleinbourgeoisie und der sozialdemokratischen Führung verquickt waren, entwaffnet, bzw. ihre Waffen von den Arbeitern requiriert wurden, um damit dann gegen die Abteilungen der Freikorps vorzugehen und sich auf diese Weise im Kampf immer mehr Waffen zu verschaffen. **Innerhalb weniger Tage war die Rote Ruhrarmee entstanden, die täglich um tausende bewaffnete Kämpfer anwuchs.** In Wetter begann die große Schlacht des Proletariats mit der Zerschlagung des Lichtschlag-Freikorps. Es folgte die Befreiung Hagens, Dortmunds, Hamms, Ahlens, Bochums usw. bis schließlich das Ruhrgebiet von Freikorps und Reichswehrtruppen gesäubert war.

Die Befreiung des Ruhrgebiets von den Truppen der Konterrevolution fiel zusammen mit dem Rücktritt der Kapp-Regierung, die vom Monopolkapital fallengelassen wurde, aus der Sorge heraus, das Proletariat könne die Reichswehr zerschlagen und den Sieg über die Republik herbeiführen. Nun, wo die Gefahr der offenen Militärdiktatur vorübergehand gebannt schien, war der Augenblick gekommen, wo endgültig Farbe bekannt werden mußte, ob man den Kampf des Proletariats für die Räterepublik, für die Diktatur des Proletariats führen oder sich gegen ihn stellen, ihn sabotieren und verraten will. SPD-Führung und rechte USPD-Führer riefen dazu auf, den Kampf im Ruhrgebiet einzustellen, den Generalstreik zu beenden und die Arbeit in den Betrieben wieder aufzunehmen. In Berlin forderten SPD-Regierung, SPD und USPD sowie die reaktionären Gewerkschaftsführer zum Abbruch des Generalstreiks auf. Im Bielefelder Abkommen schließlich stellte die Regierung den kämpfenden Arbeitern das Ultimatum, sofort Waffen abzuliefern, den Streik abzubrechen, dann würde keine Reichswehr einmarschieren und keine Bestrafung der kämpfenden Arbeiter erfolgen. Die Putschisten aber würden bestraft werden. Dieses Abkommen, das von SPD, USPD und Gewerkschaften unterzeichnet wurde, tat seine beabsichtigte Wirkung unter den Kämpfenden: es spaltete die Reihen und wirkte schlimmer als die Granaten und Minen der Reichswehr.

Auch die Parole, politische Arbeiterräte zu wählen, war revolutionär und richtete sich gegen die Diktatur der Bourgeoisie, gegen das kapitalistische System. Denn erst die Arbeiterräte ermöglichen es dem Proletariat, auf eigene Kampf- und Machtorgane gestützt, die Einheit im Kampf herzustellen und den Willen und die Kraft des Proletariats im Kampf zu konzentrieren gegen den Feind. Im unversöhnlichen Gegensatz dazu standen die Parolen der SPD- und USPD-Führer, daß das Proletariat in seinem Kampf sich beschränkt auf die Organe des bürgerlichen Staatsapparates und damit sich der Bourgeoisie auf Gedeih und Verderb ausliefert.

**Bewaffnung der Arbeiter und Wahl der Arbeiterräte — das waren Parolen, die der Arbeiterklasse den Weg ebneten, den Kampf gegen Militürputsch der Kapp und Lüttwitz in den Kampf gegen die Republik, gegen die bürgerliche Diktatur überhaupt zu verwandeln.** Die Entwicklung der Kämpfe des Proletariats in verschiedenen Teilen des Reiches zeigten, daß diese Forderungen richtig waren, daß sie von den Arbeitern aufgegriffen und in die Tat umgesetzt wurden, wenngleich dieser Kampf nicht zum endgültigen Sieg über die Bourgeoisie führen konnte.

In verschiedenen Teilen des Reiches hatten die Arbeiter sich — noch bevor der Aufruf zum Generalstreik kam, erhoben, waren in den Streik getreten, hatten spontan Räte gebildet und sich an verschiedenen Orten mit Waffen versorgt.

Zentrum des Kampfes aber war das Ruhrgebiet. Hier, wo das Industrieproletariat in hohem Maße konzentriert war, in dem Zentrum der revolutionären Arbeiterbewegung, wo unter Kriegsbelagerungszustand die Nosketruppen die Arbeiter unter dem Druck der Bajonette zur Arbeit zwangen, war der Haß über die Errichtung der offenen Militärdiktatur besonders tief.

**Einzig die Kommunistische Partei, die Spartakisten, forderten, die Waffen nicht aus der Hand zu geben, sich nicht wehrlos der blutigen Rache der Konterrevolution auszuliefern.** Die breiten Massen der kämpfenden Arbeiter waren über den Verrat empört, der größte Teil von ihnen blieb kampfentschlossen. Abgerissen von zu Hause, ohne Geld, die Familie in bitterer Not, von der Rache der Reichswehrtruppen bedroht, erwuchs der Wille zum äußersten Widerstand. Der Zentralrat der Kämpfenden konnte noch zweimal Aufschub des Ultimatums bis zum zweiten April erreichen, doch der Verrat marschierte immer weiter. Schließlich drohte sogar der USPD-Führer Ernst, die Reichswehrtruppen anzufordern, wenn nicht die Bedingungen der Regierung erfüllt würden. Vergeblich versuchten die örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre angesichts der Erpressung durch die Regierung erneut ihre Führung in Berlin zum Generalstreik zu bewegen. **Wiederum war es allein die KPD, die im ganzen Reich für den Generalstreik kämpfte.** Doch ihr Einfluß war nicht stark genug, um dies gegen den Verrat von SPD und USPD-Führern durchzusetzen. Der Verrat wurde besiegelt durch den Einmarsch der Reichswehrtruppen und der Freikorps, eben derjenigen, die gerade noch unter den Kappisten gegen das Proletariat zogen, um nun unter der wiedereingesetzten Regierung mit gleichem Befehl das Werk fortzusetzen. Dort, wo die Arbeitertruppen versuchten, sich zurückzuziehen, schnitten die Reichswehrtruppen ihnen den Weg ab, zwangen die aufgeriebenen kleinen Einheiten zum Kampf, um Vorwände für ihren blutigen weißen Terror zu haben.

Die Revolution hat den Sieg nicht davontragen können, sie mußte scheitern. Ernst Thälmann, der die Erfahrungen des Kampfes in den Märztagen 1920 wie der ganzen Etappe des revolutionären Aufschwungs der Massen in den Jahren seit 1918 zusammenfaßte, stellte 1928 fest: **„Die Tragödie der deutschen Revolution im Jahre 1918, in den Januarkämpfen 1919, in den Kämpfen nach dem Kapp-Putsch 1920, den Märzkämpfen 1921, bis zur letzten Welle der akuten revolutionären Situation, dieser ersten Periode, im Oktober 1923 — sie bestand in dem Zwiespalt zwischen den objektiven ausgereiften revolutionären Verhältnissen einerseits und der subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats, hervorgerufen durch das Fehlen einer zielklaren bolschewistischen Partei andererseits."** Und dennoch! Die Arbeiterklasse konnte zwar in ihren Kämpfen nach dem Kapp-Putsch, die Diktatur des Proletariats nicht erringen, aber ihre Kämpfe waren auf dem Weg der Revolution ein gewaltiger Fortschritt. Er fand seinen Ausdruck in der Hinwendung breiter Massen zur Kommunistischen Partei und dem von ihr gewiesenen Kampfziel, der Diktatur des Proletariats, fand seinen Ausdruck schließlich auch in der Verschärfung der Widersprüche in der USPD, die sich spaltete und deren linker revolutionärer Flügel sich mit der KPD vereinigte, wodurch der Grundstein für die Entwicklung der KPD zur marxistisch-leninistischen Massenpartei gelegt war.

**Die „...... Massen Deutschlands", schreibt Lenin, „mußten erst am eigenen Leibe die ganze Ohnmacht, die ganze Charakterlosigkeit, die ganze Hilflosigkeit, die ganze Liebedienerei vor der Bourgeoisie, die ganze Gemeinheit einer Regierung der Ritter der II. Internationale, die ganze Unvermeidlichkeit einer Diktatur der extremen Reaktionäre (...) als einzige Alternative gegenüber der Diktatur des Proletariats erfahren, um sich entschieden den Kommunisten zuzuwenden."**

# 65 Jahre Internationaler Frauentag

**Am 8. März 1878 führten in Massachusetts Fabrikarbeiterinnen den ersten organisierten Arbeiterinnenstreik durch. Seit 65 Jahren ist der 8. März nach einem Vorschlag von Clara Zetkin der internationale Kampftag der Frau gegen ihre besondere Ausbeutung und Unterdrückung, für ihre vollständige soziale Befreiung. Seit jenem ersten Streik der Fabrikarbeiterinnen von Massachusetts haben die Frauen sich viele Rechte erkämpft und Fortschritte im Kampf für ihre Gleichberechtigung gemacht. Aber klarer als je zuvor zeigt sich heute, daß die Vorherrschaft des Mannes nur dann vollständig gebrochen werden kann, wenn zuvor die Herrschaft der Kapitalistenklasse gestürzt und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet worden ist.**

Gerade im Kampf gegen den reaktionären § 218 hat die Bourgeoisie sich nach Kräften bemüht, den Unterschied zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung zu verwischen. Karrieredamen wie Annemarie Renger und Lieselotte Funcke legten sich angeblich für die Rechte der Frau ins Zeug. Nachdem die UNO 1975 zum „Jahr der Frau" erklärt hat, läßt sich auch die bürgerliche Presse nicht lumpen und mokiert sich hin und wieder über die Niedriglohngruppen für Frauen, um im gleichen Atemzug festzustellen, daß auch in den Parlamenten und Chefetagen von der Gleichberechtigung der Frau nicht viel zu spüren ist. So will die Bourgeoisie den Eindruck erwecken, die Frage der Gleichberechtigung der Frau habe nichts mit dem Klassenkampf zu tun, die Frauenfrage würde die Frauen aller Klassen als Verbündete auf der einen Seite und die Männer aller Klassen als vereinte Feinde auf der anderen Seite sehen. Genossin Vito Kapo, Präsidentin des Generalrats des Frauenverbandes Albaniens, hat dazu gesagt: **„Es ist keineswegs ausreichend, von Freiheit, Gleichberechtigung und Emanzipation zu sprechen, wenn gleichzeitig antagonistische Widersprüche die Klassengesellschaft innerlich zerfressen, muß man aktiv kämpfen und diesen Kampf mit den brennendsten Problemen der Epoche verbinden"** (Albanien Heute, Nr. 2/73). Und Clara Zetkin schrieb 1920: **„Die Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung erweisen sich als ohnmächtig, der Gesamtheit der Frauen volles Recht und volles Menschtum zu gewährleisten. Gewiß kommt ihrer Durchsetzung die nicht zu unterschätzende grundsätzliche Bedeutung zu, daß die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat das alte Vorurteil von der Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts offiziell auslöschen und mit der Gleichberechtigung des Weibes seine soziale Gleichwertigkeit anerkennen. Allein, in der Praxis läuft die Verwirklichung frauenrechtlerischer Forderungen in der Hauptsache darauf hinaus, die kapitalistische Ordnung zugunsten der Frauen und Töchter der herrschenden Klassen zu reformieren, während die ungeheure Mehrzahl der Proletarierinnen, die Frauen des schaffenden Volkes, nach wie vor als Unfreie und Ausgebeutete der Verkümmerung und der Mißachtung ihres Menschtums, ihrer Rechte und Interessen preisgegeben sind."** (Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, S. 262).

Längst sind auch heute nicht alle Forderungen der bürgerlich-demokratischen Frauenbewegung erfüllt. Dafür steht der reaktionäre § 218, dafür stehen Gesetze der Bourgeoisie vom Ehe- bis zum Rentenrecht. Der Kampf um solche demokratischen Forderungen ist notwendig. Der Kampf gegen den § 218 zeigt, daß der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium politisch so vollständig reaktionär ist, daß er auch gegen diese demokratischen Forderungen mit allen Mitteln der Unterdrückung – vom Gummiknüppel bis zum Verfassungsgericht – zu Felde zieht. Aber der Kampf um diese demokratischen Forderungen, um die Durchsetzung der formalen, juristischen Gleichstellung der Frau führt nicht zur Befreiung der Frau. In seinem Buch „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" schreibt Friedrich Engels: **„In der industriellen Welt tritt aber der spezifische Charakter der auf dem Proletariat lastenden ökonomischen Unterdrückung erst dann in seiner vollen Schärfe hervor, nachdem alle gesetzlichen Sondervorrechte der Kapitalistenklasse beseitigt und die volle juristische Gleichberechtigung beider Klassen hergestellt wurden; die demokratische Republik hebt den Gegensatz beider Klassen nicht auf, sie bietet im Gegenteil erst den Boden, worauf er ausgefochten wird. Und ebenso wird auch die Herrschaft des Mannes über die Frau in der modernen Familie und die Notwendigkeit und die Art der Herstellung einer wirklichen gesellschaftlichen Gleichstellung beider erst dann in grelles Tageslicht treten, sobald beide juristisch vollkommen gleichberechtigt sind."** (Einzelausgabe, S. 85).

Die vollständige Befreiung der Frau hat den Sturz des Kapitalismus zur Voraussetzung, weil die besondere Unterdrückung und Ausbeutung der Frau ihre Wurzel im Privateigentum, in der Teilung der Gesellschaft in Klassen, in der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen haben. Vor allem Friedrich Engels hat wissenschaftlich nachgewiesen, daß die Unterdrückung der Frau durch den Mann mit der Entstehung des Privateigentums ihren Anfang nahm. Erst die Möglichkeit der privaten Aneignung von Reichtum schaffte die Grundlage für die Einzelehe, die die Anhäufung von Reichtum über Generationen hinweg in einer Familie ermöglichte. Und mit dem Auftreten der Einzelehe hatte auch die Frau „dem Manne untertan" zu sein. So schreibt Karl Marx: **„Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Frau in der Einzelehe und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche"** (MEW; B. 21, S. 68).

**Heute, in der kapitalistischen Gesellschaft, ist das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln, die Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse auch die Grundlage für die besondere Unterdrückung der Frau. Darum schreibt Clara Zetkin: „Soll die Frau volle gesellschaftliche Gleichberechtigung mit dem Manne erhalten – in Wahrheit und in der Tat und nicht bloß mit toten Gesetzestexten auf geduldigem Papier – soll sie wie der Mann freie Entwicklungs- und Auswirkungsmöglichkeiten für ganzes Menschentum gewinnen, so müssen zwei Hauptbedingungen erfüllt werden: Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist aufzuheben und durch das Gesellschaftseigentum zu ersetzen; die Tätigkeit der Frau ist der gesellschaftlichen Gütererzeugung in einer ausbeutungs- und knechtschaftslosen Ordnung einzugliedern"** (Bd. II, S. 261). Und Genossin Vito Kapo stellt in dem bereits erwähnten Aufsatz fest: **„Die Frauen Albaniens jedoch haben heute die Grundlage aller Grundlagen, die ihre vollständige Emanzipation garantiert. Dies ist die Macht der Diktatur des Proletariats."**

Eben die Tatsache, daß die vollständige Befreiung der Frau die Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates, die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zur Bedingung hat, läßt den Kampf der Frauen gegen ihre besondere Ausbeutung und Unterdrückung zum untrennbaren Bestandteil des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse werden. **„Der Kommunismus, der große Erlöser des weiblichen Geschlechts, kann nun und nimmer das Ergebnis des gemeinsamen Kampfes der Frauen aller Klassen für die Reform der bürgerlichen Ordnung im Sinne frauenrechtlerischer Forderungen, also gegen die bevorrechtete gesellschaftliche Stellung des männlichen Geschlechts sein. Er kann einzig und allein verwirklicht werden durch den gemeinsamen Klassenkampf der Frauen und Männer des ausgebeuteten Proletariats gegen die Vorrechte, die Macht der Männer und Frauen der besitzenden und ausbeutenden Klassen"** (Clara Zetkin, Bd. II, S. 265).

Und im sozialistischen China und Albanien zeigt sich, daß unter der Diktatur des Proletariats die Frauen, die in diesen Ländern vor der Revolution weit rechtloser waren als beispielsweise die Frauen heute in der Bundesrepublik, unaufhaltsam vorwärtsstürmen, um in allen Bereichen des Lebens die Vorherrschaft des Mannes zu brechen.

**„Es wird sich dann zeigen, daß die Befreiung der Frau zur ersten Vorbedingung hat die Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie . . .",** schreibt Friedrich Engels (Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, S. 85). Viele Frauen, die heute bei uns in den Fabriken arbeiten, empfinden das oft durchaus nicht als „Vorbedingung" zu ihrer Befreiung. Einerseits ist es für sie so, daß die Industriearbeit ihre ausschließliche Bindung an den Haushalt und die Familie aufhebt. Ihre Abhängigkeit vom Mann wird dadurch gemindert, daß sie durch eigenen Verdienst weniger wirtschaftlich abhängig von ihm ist. In der Fabrik wird sie durch die Lohnsklaverei mit vielen Frauen zusammengeschlossen, die unter den gleichen Bedingungen leiden wie sie. Ihre besondere Ausbeutung und Unterdrückung im Betrieb bringt sie zum solidarischen Zusammenschluß, sie lernen die Kraft ihrer Klasse kennen und werden zur aktiven Kraft im Klassenkampf. Trotzdem arbeiten viele Fabrikarbeiterinnen nur der wirtschaftlichen Not gehorchend in der Fabrik und sie empfinden die Fabrikarbeit in der Hauptsache nicht als befreiend. Denn gerade in der Fabrik tritt ihre besonders ausgebeutete und unterdrückte Stellung klar zu Tage: sie müssen die schlechtesten, stumpfsinnigsten Arbeiten machen, erhalten den niedrigsten Lohn, werden als erste entlassen. Ihre geringgeschätzte Arbeit in der Fabrik hebt ihre unterdrückte Stellung in der Familie keineswegs auf. Sie bleibt die Hausfrau, die dazuverdient, die nichts gelernt hat und deren Existenz nach wie vor vom Mann abhängt.

Anders in der Volksrepublik China oder im sozialistischen Albanien. Hier haben sich die Frauen eine gleichberechtigte Stellung in der Produktion erkämpft. Nicht nur, daß sie für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten, nicht nur, daß sie wie die Männer ein Recht auf Arbeit haben, haben sie vor allem die Möglichkeit, die gleiche Arbeit wie die Männer zu machen, in gleicher Weise ausgebildet zu werden, in gleicher Weise ihre Fähigkeiten zu entwickeln und für das gemeinsame Werk des sozialistischen Aufbaus einzusetzen. Wie die Arbeiter sind auch die Arbeiterinnen Chinas und Albaniens unmittelbar an der Leitung und Planung der Produktion beteiligt.

Auch nach der Befreiung Chinas mußten die chinesischen Frauen einen harten Kampf führen, um die Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung, **„Heute haben sich die Zeiten geändert, was ein Mann vermag, vermag auch eine Frau",** in die Tat umzusetzen. Chinesische Frauen errichteten selbständig in den Wohnvierteln kleinere Fabriken, um dringend benötigte Dinge zu produzieren und gleichzeitig ihre Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion zu erkämpfen. Vor der Kulturrevolution verfolgte der Verräter Liu Schao-tschi die Linie, die Frauen wieder in den Haushalt zurückzuschicken. Wie das Prinzip des materiellen Anreizes sollte auch die Wegrationalisierung der Frauen der von Liu beabsichtigten Wiedereinführung des Kapitalismus in China dienen. Aber in der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurde Lius Versuch der Restauration des Kapitalismus von den Volksmassen unter der Führung Mao Tsetungs zerschlagen. **Die Frauen Chinas folgten dem Aufruf des Genossen Mao Tsetung, auf die eigene Kraft zu vertrauen, sich der Haushaltsaufgaben zu entledigen und sich an den produktiven und gesellschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen.**

Aber gerade die Frage der Haushaltsaufgaben stellt die werktätige Frau im Kapitalismus vor ungeheure Probleme. Arbeitet sie in der Fabrik, heißt das für sie im Kapitalismus eben nicht, daß sie aufhört, Hausfrau zu sein. Vielmehr bleibt es ihre „Pflicht", nach der Fabrikarbeit den Haushalt zu versorgen und den Großteil der Kindererziehung zu übernehmen. Über diese sogenannte Doppelbelastung der werktätigen Frau ist viel die Rede. In Wirklichkeit denkt der bürgerliche Staat gar nicht daran, hier Abhilfe zu verschaffen. Denn den Kapitalisten nützt es, wenn die Frau auch als Fabrikarbeiterin sich hauptsächlich als Hausfrau fühlt. Um die Frauen als billige Arbeitskräfte gebrauchen und wieder entlassen zu können, ist es für sie günstig, wenn die Auffassung vorherrscht, daß die „natürliche Aufgabe" der Frau ausschließlich in der Familie liegt. Deshalb verbreiten sie auch dann, wenn ein Großteil der proletarischen Frauen Industriearbeiterinnen sind, in einer Auflage von zig Millionen Frauenzeitschriften, in denen propagiert wird, daß die Frau eigentlich ausschließlich der „Familie gehört". Der Widerspruch zwischen ihrer Berufstätigkeit und ihren traditionellen Haushaltspflichten bleibt im Kapitalismus ein individuelles Problem der werktätigen Frau. In diesem Widerspruch soll sie sich aufreiben, statt als bewußte Arbeiterin den Klassenkampf zu führen.

Ähnlich verhält es sich mit der Kindererziehung. Hier jammert die bürgerliche Propaganda rührselig über das Schicksal der Kinder, deren Mütter berufstätig sind und nicht so viel Zeit haben. Gleichzeitig wird nichts getan, um das Problem zu lösen. Natürlich gibt es Kinderkrippen und Kindergärten. Aber diese Einrichtungen machen gerade klar, daß es dem kapitalistischen Staat in keiner Weise um die Interessen der werktätigen Frauen und der proletarischen Kinder geht. Sie öffnen in der Regel um 7 Uhr, wenn Industriearbeiterinnen längst an ihrem Arbeitsplatz sein müssen. Soweit es hier also überhaupt um die Entlastung proletarischer Frauen geht, dann vor allem um die in „typischen Frauenberufen" beschäftigten (Verkäuferin, Stenotypistin, Friseuse usw.). An der Erhaltung dieser „typischen Frauenberufe" hat der bürgerliche Staat allerdings ein Interesse, weil sie der Aufrechterhaltung der besonderen Unterdrückung der Frau dient.

Während im Kapitalismus also Hausarbeit und Kindererziehung und Arbeit in der Produktion für die Frau stets ein unlösbarer Widerspruch bleibt, den sie im günstigsten Fall dadurch mindern kann, daß sie ihren Mann dazu bringt, ihr einige der Haushaltsaufgaben abzunehmen, werden in China und Albanien Haushalt und Kindererziehung als Probleme der Gesellschaft begriffen und gelöst. Vor allem gilt das für die Kindererziehung. In den Betrieben und Wohnvierteln gibt es Kinderkrippen und Kindergärten, die entweder kostenlos oder ganz billig sind, und in China auch häufig sogar Tag und Nacht geöffnet sind. Entscheidend aber ist, daß diese Kindergärten und -krippen unter der direkten Kontrolle der Arbeiterklasse stehen, daß die Eltern an ihrer Leitung unmittelbar beteiligt sind. So wie die Kindererziehung nicht das Problem der Frau und auch nicht das der Familie bleibt, wird auch die Vergesellschaftung der Hausarbeit vorangetrieben. Genossin Vito Kapo schreibt dazu: **„Auch bei uns gibt es im Bereich des Familienlebens noch Schwierigkeiten und die Ungleichheit zwischen Mann und Frau besteht noch weiterhin. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß die materiellen Bedingungen für die Entlastung von der Hausarbeit noch nicht geschaffen sind und oft die Frauen wegen der rückständigen Haltung schließlich die ganze Hausarbeit alleine schaffen müssen. Unsere ganze Gesellschaft kämpft heute für die Vergesellschaftung der Hausarbeit. Es wurden nicht nur immer mehr Kinderkrippen und Kindergärten gebaut, sondern auch Gaststätten, Wäschereien usw. Ebenso wurden moderne Konsumwaren hergestellt, besonders elektrische Haushaltsgeräte und Maschinen. Wir alle kämpfen, damit überall die neue Einstellung siegt, daß die Arbeit im Haushalt eine Pflicht für die ganze Familie, für alle Familienmitglieder ist. Die Weiterbildung der Frauen, die Vergesellschaftung der Hausarbeiten und die Vertiefung der Demokratie in der Familie beseitigen mit Sicherheit alle Mißverhältnisse, die es noch in unserem Land zwischen Mann und Frau gibt."**

Durch die Teilnahme am revolutionären Kampf verändert die Frau ihr Bewußtsein, überwindet sie ihr rückschrittliches Denken, wird sie zur aktiven Kraft der Gesellschaft – und mit der Veränderung der Frau muß sich auch das Bewußtsein der Männer verändern, und es ist klar, daß das nicht ohne Kampf geht. Einerseits ist es so, daß die veränderte Stellung der Frau auch die Grundlage für die Überwindung der reaktionären Vorstellungen der Männer über die Frau ist. Wenn die Frau eine gleichberechtigte Stellung in der Produktion hat, wenn die gesellschaftliche Wirklichkeit tagtäglich beweist, daß alles, was der Mann vermag, auch die Frau vermag, wird es für den Mann natürlich von Tag zu Tag schwieriger, zu Hause seine patriarchalische Position zu verteidigen. Zumal diese Frage kein Problem zwischen ihm und seiner Frau bleibt, sondern auch die Nachbarn und Kollegen ihn in diesem Punkt kritisieren und eine Veränderung seiner Haltung verlangen. Denn die Überwindung der reaktionären Anschauungen über die Frau ist ein Teil des allgemeinen Klassenkampfes zur Festigung des sozialistischen Systems und der Diktatur des Proletariats. Denn auch wenn das Privateigentum nicht mehr die Basis der Gesellschaft ist, wirkt die auf ihm beruhende Ideologie noch lange weiter. Marx sagt: **„Das Privateigentum hat uns dumm und engstirnig gemacht, so daß wir glauben, daß ein Gegenstand nicht unser ist, wenn wir ihn nicht besitzen, d. h. wenn er nicht als Kapital für uns existiert, wenn wir über ihn nicht unmittelbar verfügen, wenn wir ihn nicht essen, trinken, anziehen, nicht mit ihm leben usw., kurz, wenn wir ihn nicht konsumieren. (. . .) Deshalb wurden alle psychischen und moralischen Gefühle einfach zerstört und durch das Gefühl des Eigentums ersetzt."** Die reaktionäre Haltung des Mannes gegenüber der Frau besteht darin, daß er bestrebt ist, die Frau als sein Privateigentum zu betrachten. Weil die vollständige Befreiung der Frau unmittelbar mit der Vernichtung der Ideologie des Privateigentums verbunden ist, wird sie zu einer wichtigen Bewegung im Kampf für die fortgesetzte Revolutionierung der Gesellschaft, zu einem wichtigen Frontabschnitt in der Weiterführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats.

Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen Chinas und Albaniens üben heute gemeinsam mit ihren männlichen Klassengenossen in ihren Ländern die Macht aus. Sie stehen verantwortlich und gleichberechtigt auf allen Ebenen des Staates und der Partei. Genossin Hsü Guang, stellvertretende Vorsitzende des Frauenverbandes der Stadt Peking, faßt die Grundlage für die Befreiung der Frau in China so zusammen: **„Warum ist die Stellung der Frau im neuen China so grundsätzlich verschieden von der im alten China? Die grundlegende Ursache, das wurde mir klar, ist die Tatsache, daß die chinesischen Frauen unter der Führung des Vorsitzenden Mao und der Kommunistischen Partei gemeinsam mit den Männern am langwierigsten revolutionären Kampf teilnahmen, die Diktatur des Proletariats errichteten und unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats auf der Weiterführung der Revolution bestanden. Seitdem das Proletariat auf die Bühne der Geschichte getreten ist, war auch die chinesische Frauenbewegung unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas stets mit den sozialen revolutionären Bewegungen der verschiedenen Etappen verknüpft. Mit der Entwicklung der Revolution entwickelte sich die Frauenbewegung und wurde ein Bestandteil der von der Partei geführten demokratischen und dann der sozialistischen Revolution."** (Peking Rundschau Nr. 10/74).

Der Kampf für den gewaltsamen Sturz des Kapitalismus in der sozialistischen Revolution, der Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats – das ist der Weg, den auch die Frauen unseres Landes im Kampf für ihre Befreiung beschreiten müssen. Und das ist der Weg, von dem die modernen Revisionisten der D„K"P die werktätigen Frauen um jeden Preis abhalten wollen. Sie wollen den Kampf der werktätigen Frauen auf den Kampf für einige „demokratische Forderungen" im Rahmen des Kapitalismus beschränken. Während das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum § 218 breiten Teilen der Frauen gezeigt hat, daß die Verfassung des bürgerlichen Staates auf der Grundlage der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen und damit auch der besonderen Unterdrückung der Frauen beruht, erklärten die D„K"P-Revisionisten auf der 6. Tagung ihres Parteivorstandes die „Durchsetzung des Verfassungsauftrages nach Gleichberechtigung" zum Ziel der Frauenbewegung. Wie sich in den revisionistischen Ländern mit der Wiederherstellung des Kapitalismus auch die besondere Unterdrückung der Frau wieder verstärkt, verrät auch die D„K"P-Zeitung UZ tagtäglich, welche Rolle die D„K"P-Revisionisten der Frau zugedacht haben. Außer Back- und Kochrezepten finden sich dort selbstverständlich auch die einschlägigen Witze, deren „Witz" im wesentlichen darin besteht, daß die Frau „dumm, aber sexy" ist. Die D„K"P-Revisionisten benützen die reaktionäre Ideologie von der „mütterlichen, nur auf Harmonie bedachten" Frau, um unter den proletarischen Frauen und in der ganzen Arbeiterklasse die Ideologie der Gewaltlosigkeit zu verbreiten. Die Sorge der D„K"P-Revisionisten gilt nicht der Befreiung der Frau, sondern es ist im Gegenteil ihre Aufgabe, zu verhindern, daß die werktätigen Frauen im Kampf gegen ihre besondere Ausbeutung und Unterdrückung zur starken Kraft im revolutionären Kampf der Arbeiterklasse für den Sturz des Kapitalismus, für den Sieg des Sozialismus werden.

**Aber wie die Frauen Chinas und Albaniens durch ihre Teilnahme am revolutionären Befreiungskampf den Grundstein für ihre vollständige Befreiung im Sozialismus legten, so können die werktätigen Frauen unseres Landes nur durch die Teilnahme am revolutionären Klassenkampf, durch ihren Kampf für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats das Joch ihrer besonderen Ausbeutung und Unterdrückung abschütteln.**

# "Kapitalistenstaat" - ein verbotenes Wort

**Immer dann, wenn der imperialistische Staatsapparat unter dem Vorwand, das Volk vor dem „politischen Verbrechen" schützen zu müssen, die Faschisierung einen weiteren Schritt vorantreibt, so wie jetzt nach der Entführung des CDU-Politikers Lorenz aus Westberlin, dann wird gleichzeitig die Propagandatrommel für die bürgerliche Demokratie gerührt, die angeblich die Freiheit der Meinung und der Gesinnung garantiert. Diese Beteuerungen der Bonner Politiker halten allerdings der Wirklichkeit nicht stand. Wenn Arbeiter aus dem Betrieb entlassen werden, weil es den Kapitalisten nicht zuzumuten ist, Mitglieder der KPD/ML zu beschäftigen, was ist das dann anderes als Gesinnungsterror? Wenn gegen den Roten Morgen allein seit dem Juni des letzten Jahres Strafbefehle in Höhe von 23 400 DM ergingen, was wird denn da anderes verfolgt als die kommunistische Gesinnung? Wie weit die Bourgeoisie bei der Verfolgung der kommunistischen Gesinnung bereits wieder geht, zeigen die letzten Ermittlungsverfahren gegen den Verleger und verantwortlichen Redakteur des ROTEN MORGEN, Genossen Gernot Schubert.**

Im ROTEN MORGEN Nr. 2/75 schreiben wir zur Neujahrsansprache von Bundeskanzler Schmidt: „Und Schmidt kündigte sogar direkt an, daß die Lohnraubpolitik weiter fortgesetzt werden soll, daß der Bonner Kapitalistenstaat weiterhin alles versuchen wird, um die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen."

**Wer hat gerade in den letzten zwei Monaten, als die Kohlenpreise um 10% erhöht wurden, als die Sozialmieten stiegen, als eine Teuerung bei den Lebensmittelpreisen angekündigt wurde, als die Krankenkasse teurer wurde und „zum Ausgleich dafür" bei den Tarifrunden noch nicht einmal der Reallohn gesichert wurde, wer hat da nicht auf einmal auf diesen Kapitalistenstaat geschimpft? Es waren sicher wenige. Aber als der ROTE MORGEN vom „Bonner Kapitalistenstaat" schrieb, da wurden gegen Genossen Gernot Schubert Ermittlungen wegen „böswilliger Verächtlichmachung der BRD..." (§ 90 a) eingeleitet.**

Sicher, noch fliegt man nicht aus dem Betrieb, noch kommt man nicht in die Karteien des Bundeskriminalamtes, wenn man seiner Empörung über die kapitalistische Profitwirtschaft am Arbeitsplatz oder in der Kneipe Luft macht. Aber was für eine „Demokratie" ist das denn, wenn man die Verhältnisse in einer kommunistischen Zeitung zwar beim Namen nennen darf, aber einem dann ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, ein Strafbefehl oder ein Prozeß sicher sind? Und was für eine „Demokratie" ist das, wenn man zwar noch ungestraft mal schimpfen darf, aber von der Polizei zusammengeschlagen wird und hinterher noch dazu ein halbes Jahr Gefängnis bekommt, wenn man gegen den Lohnraub und gegen die Polizei, die den Profit der Kapitalisten schützt, kämpft, wie die Arbeiter bei Ford und bei Hella im letzten Jahr? **Das ist eine Demokratie, die nur für eine Handvoll Kapitalisten Wirklichkeit ist, für die überwiegende Mehrheit des Volkes aber Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet. Das ist in Wirklichkeit die Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und das übrige werktätige Volk, die sich um so offener zeigt, je mehr die Massen gegen die Ausbeutung und die Unterdrückung den Kampf aufnehmen.**

Die Bourgeoisie versucht ständig, so zu tun, als müsse sie das Volk vor den „Terroristen", den „Chaoten" usw. schützen. Das sah z. B. beim Streik bei Ford so aus, daß die Reaktionäre gegen die „angereisten Chaoten" hetzten, die dem Streik gegen den Willen der Arbeiter eine „terroristische" Richtung geben würden. Von „angereisten Chaoten" war auch in Wyhl die Rede. Diese Propaganda hat den Zweck, so zu tun, als sei die revolutionäre Gewalt eine Erfindung der Kommunisten und nicht ein Mittel der Massen, mit dem sie auf den Terror des imperialistischen Staates antworten. Ähnlich ist es mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, der Lehre, von der sich die KPD/ML leiten läßt. Auch hier tut die Bourgeoisie so, als existiere ein Abgrund zwischen dem, was die Arbeiter denken, und der Lehre der KPD/ML. Deshalb versucht sie auch so lange wie möglich, die kommunistische Agitation und Propaganda ungeschoren zu lassen nach dem Motto: „Seht ihr, da verbreiten sie tausende von Flugblättern, und trotzdem folgen ihnen die Arbeiter nicht."

Die verschärften Angriffe auf die kommunistische Agitation und Propaganda gerade im letzten Jahr, die Tatsache, daß inzwischen in einer marxistisch-leninistischen Zeitung wie dem ROTEN MORGEN nicht mehr vom „Bonner Kapitalistenstaat" gesprochen werden darf, aber zeigen, daß die Bourgeoisie den Anschein der Demokratie nur für kurze Zeit aufrechterhalten kann. Sobald sich die Klassenkämpfe verschärfen, wird ihr das zu gefährlich.

Denn sie weiß in Wirklichkeit genau, daß der wissenschaftliche Sozialismus nichts anderes ist als die Wissenschaft der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie verfolgt mit besonderer Schärfe die KPD/ML, weil sie den Arbeitern, die „ihre Kapitalisten" hassen, die z. B. beim Fordstreik oder in Wyhl gegen die Polizei kämpften, weil sie offensichtlich die Interessen des Kapitals schützte, erklärt, daß zwischen all den von den Arbeitern gehaßten Übeln des Kapitalismus ein Zusammenhang besteht, und beweist, daß der Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung sich vor allem gegen den imperialistischen Staat richten muß, mit dem die Kapitalistenklasse gewaltsam das werktätige Volk unterdrückt. Weil die KPD/ML die Arbeiterklasse im Geist der bewaffneten Revolution erzieht und organisiert, deshalb versucht die Bourgeoisie, ihre Verbindung mit den Massen zu zerstören, wird sie versuchen, die KPD/ML zu zerschlagen. Um zu verhindern, daß die Arbeiter erkennen, daß die KPD/ML ihre Partei, die Vorhut der Arbeiterklasse ist, verbietet sie deshalb einmal, daß der ROTE MORGEN Dinge schreibt, bei denen jeder klassenbewußte Kollege sagt: „Jawohl, da haben die Kommunisten recht." **Zum anderen aber geht sie immer mehr dazu über, die Verbreitung allgemeiner Gesetze des Marxismus-Leninismus zu verbieten wie z. B. in einem Flugblatt der KPD/ML zur Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen, wo es hieß: „Schließlich ist der imperialistische Staat nichts anderes als das Unterdrückungsinstrument zur Sicherung der Ausbeutung der werktätigen Massen durch die Kapitalistenklasse."** Das ist ein Satz, wie er sinngemäß bei allen Klassikern des Marxismus-Leninismus wiederzufinden ist. Die Bourgeoisie geht nun nicht her und verbietet Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung. Das wäre zu offen und würde außerdem auch der D„K"P, die die Bourgeoisie gegründet hat, damit sie unter Berufung auf Marx, Engels und Lenin und unter dem Namen „Kommunistische Partei" die Massen von der proletarischen Revolution abhalten soll, ihre Arbeit viel zu schwer machen. Die Bourgeoisie verbietet diese allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus da, wo sie ihr am gefährlichsten werden: in der Agitation und Propaganda der KPD/ML, die an der Wirklichkeit in der Bundesrepublik zeigt, daß die Lehre der Klassiker auch heute gilt, daß sie auch heute den Weg angeben, wie sich die Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung befreien kann: allein auf dem Weg der sozialistischen Revolution, dem Weg des gewaltsamen Sturzes des imperialistischen Staates.

# Korrespondenzen

## GELSENKIRCHEN

Am 2. 3. 75 fand in Gelsenkirchen eine sogenannte Arbeitslosenkonferenz der D„K"P mit den Landtagskandidaten Land und Bublitz statt. Vier Genossen der Partei versuchten dort, Flugblätter zu verteilen, die die revisionistische Politik der D„K"P entlarvten. Einer der Genossen berichtet:

„Um 9.40 Uhr kamen wir von der Bahnhofsstraße auf die Augustastraße zu. Dort stand ein Trupp von ca. 15 Leuten, zumeist bekannte „S"DAJ-Funktionäre. Unter ihnen war auch ein Landtagskandidat der D„K"P. Etwas später gesellte sich noch der Seppelfricke-Betriebsrat Zawinell, der ebenfalls der D„K"P angehört, dazu. Als wir an den Leuten vorbeigehen wollten, griffen sie uns an, sagten, wir kämen nicht durch und schlugen wie wild auf uns ein. Wir wehrten uns. Einer schlug mit der Faust auf meine Brille, deren Glas dabei kaputt ging. Meine Sehschärfe ist sehr gering, so daß es ihnen gelang, mit drei Mann auf einmal mich zu verprügeln. Einer zielte mit einem Schlagring auf meine Nase, so daß ich den ganzen Tag über Blut spucken mußte. Ich muß dazu noch bemerken, daß wir nur mit vier Personen waren, darunter ein Mädchen. Das Flugblatt der KPD/ML bekamen dann doch Passanten, die das Vorgehen der Schlägerbande mitbekommen hatten und darüber sehr empört waren."

## MÜNSTER

Wir sind alle Soldaten in Munster. In letzter Zeit hat auch hier die willkürliche Disziplinierung der Soldaten zugenommen:

**Beispiel Nr. 1:** Als ein Kamerad 20 Minuten zur **Wachvorbereitung** zu spät kam, weil er falsche Auskünfte bei der Bundesbahn erhalten hatte, bekam er dafür **10 Tage „verschärfte Ausgangsbeschränkung"**, d. h. völliges Ausgangsverbot und Verbot, Besuch zu empfangen. Diese „verschärfte Ausgangsbeschränkung" wird dauernd verhängt und ist eine verschleierte Form von Knast.

Derselbe Kamerad hat noch ganze 1,50 DM Wehrsold bekommen, weil er den Rest für eine Disziplinarstrafe bezahlen mußte. Wie er mit 1,50 DM 14 Tage hinkommen sollte, interessierte den Hauptmann natürlich nicht, denn „der Kollege war ja während des Dienstes am Vormittag auf die Stube gegangen."

**Beispiel Nr. 2:** Ein anderer Kollege ist vom Hauptmann vorläufig festgenommen worden, weil er dem Befehl, sich den Bart abnehmen zu lassen, nicht folgte. Dieser Befehl verstieß sogar gegen den Haar-Erlaß.

Diese Reihe ließe sich endlos fortsetzen, auch mit Beispielen aus anderen Kompanien. Es hagelt Geldstrafen für Zuspätkommen, Überschreiten des Nachtausgangs usw., bei denen der Sold eines ganzen Monats (165 DM) draufgeht; es werden reihenweise Wochenenden gesperrt und Kameraden, die vom Außendienst befreit sind, müssen dafür oft genug aus „fürsorglichen Gründen" Gefreiter v. Dienst am Wochenende schieben.

Das alles sind „alltägliche" Vorgänge in der BW, aber gerade diese typischen wenigen Beispiele beweisen eines: Daß es nämlich mit „Frieden, Entspannung und Demokratie" nicht weit her ist im Bonner Staat.

Die deutsche werktätige Jugend wird sich nicht auf die Schlachtbank eines neuen Weltkrieges führen lassen. Sie hat den Kampf gegen die Kriegstreiber auch in der BW aufgenommen.

Zwei Kameraden und ein Soldatengenosse aus Munster

# Die "Solidarität der Demokraten"

**In jenen Tagen der Lorenz-Entführung wurden die Herrschenden zutiefst erschreckt./ Doch ihre Angst verlangte Formulierung:/ So haben sie manch schönes Wort geprägt/ und manchen alten Ramsch neu aufgelegt./ Zum Beispiel dies: — daß der im Nacken sitzt und der, der trägt, mit gleicher Müh' und Sorge sind beladen: —/ dies Märchen kramten sie aus den Schubladen/ und nannten es —**

**die „Solidarität der Demokraten"!**

**Kaum aber ist der Lorenz frei,/ da wird der Krisenstab vertagt./ Jetzt heißt es: Bahn frei für die Polizei!/ Halali! Anarchistenjagd!/ Der Rechtsstaat fletscht die Zähne/ bei Blaulicht und Sirene!**

**Paß auf, Prolet, was da aufsteht**
**und hat's Gewehr geladen: —**
**Das ist die — „Solidarität**
**der Demokraten"!**

**Kaum ist der Lorenz wieder frei,/ klingt in den Straßen Stiefeltritt./ Es poltert in die Häuser: Polizei!/ Und wer sich widersetzt: kommt mit!/ Der Rechtsstaat muß sich wehren — da gibt's nichts zu erklären!**

**Paß auf, Prolet, was da aufsteht**
**und hat's Gewehr geladen: —**
**Das ist die — „Solidarität**
**der Demokraten"!**

**Kaum ist der Lorenz wieder frei,/ rollt eine große Übung ab:/ Im Einsatz probt sich Polizei/ und seine Pläne prüft der Stab./ Tja! Der Rechtsstaat muß sich vorbereiten/ für revolutionäre Zeiten!**

**Paß auf, Prolet, was da aufsteht —**
**hat das Gewehr auf DICH geladen!**
**DAS ist die — „Solidarität**
**der Demokraten"!**

# Kampf gegen Mord an Gen. Günter geht weiter

**Frau Rotraud Routhier hat inzwischen gegen die Einstellung des Verfahrens gegen die Mörder des Genossen Günter Berufung eingelegt. In der Begründung für die Einstellung des Verfahrens hatte die Staatsanwaltschaft versucht, mit geradezu absurder „Kleinarbeit" den Anschein zu erwecken, als würden tatsächlich die Tatsachen über die Todesursache des Genossen Günter nachgeprüft. Dieses ganze Kartenhaus der „Gerechtigkeit" bricht jedoch in sich zusammen, wenn man den Hauptgrund für die Einstellung des Verfahrens liest.**

Auf Seite 5 der Einstellungsbegründung heißt es nämlich: „Unabhängig von der Frage der Ursächlichkeit der Vorgänge vom 5. 6. für den Todesfall ist das Verfahren jedoch vor allem deshalb einzustellen, weil das Verhalten der am Einsatz beteiligten Beamten im Zusammenhang mit der Festnahme Routhiers nicht zu beanstanden ist." Und weiter auf Seite 6: „Der Polizeieinsatz war insgesamt sachlich gerechtfertigt. Im Hinblick auf die Äußerungen Brenners, die den Tatbestand des § 90 Abs. 1 StGB („Böswillige Verächtlichmachung...") erfüllen, bestand die Pflicht, weiteres strafbares Verhalten zu unterbinden."

**Mit anderen Worten: die Ermordung des Genossen Günter war „sachlich gerechtfertigt", weil sie im Rahmen eines Polizeieinsatzes gegen Kommunisten und die Propagierung der bewaffneten Revolution geschah!** Die bürgerliche Klassenjustiz gibt hier selber Aufschluß darüber, was es mit dem „Schutz des Lebens", der gerade bei der Entführung des CDU-Politikers Lorenz wieder hochgejubelt wurde, auf sich hat. Für den Schutz von Lorenz' Leben wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, da war keine Maßnahme zu teuer, kein Aufwand zu groß. Denn die Erhaltung seines Lebens lag im Interesse des Kapitals. Für den Schutz des Lebens der Arbeiter dagegen sind manchmal auch die einfachsten Sicherheitsmaßnahmen zu kostspielig. 12 Arbeiter, die jeden Tag am Arbeitsplatz sterben, sind „gesellschaftlich notwendige Opfer", weil das Profitinteresse des Kapitals sich mit dem Schutz ihres Lebens nicht vereinbaren läßt. Wenn es um den Schutz des Lebens von Angehörigen der Bourgeoisie geht, wenn es um die Erhaltung der Herrschaft des Kapitals geht, dann schreckt die Bourgeoisie auch nicht vor offenem Terror zurück. Die zahlreichen politischen Morde der letzten Zeit sprechen eine deutliche Sprache.

Genosse Gernot Schubert hat mehrere Ermittlungsverfahren bekommen, weil im ROTEN MORGEN gestanden hat, daß die Bourgeoisie planmäßig auf die physische Vernichtung von Kommunisten hinarbeitet. In einem Ermittlungsverfahren heißt es: „Weiterhin wird unterstellt, daß die ‚Folterung und physische Vernichtung' von Mitgliedern der kommunistischen Partei beabsichtigt sei." „Böswillige Verächtlichmachung der BRD..." nennt die Staatsanwaltschaft das.

**Aber wie anders als einen Aufruf zum politischen Mord soll man es wohl verstehen, wenn Genscher kurz nach der Entführung von Lorenz sagte, man müsse „die Täter zur Strecke bringen"? Wozu sind wohl die Pistolen gedacht, die 15 Abgeordnete des Bundestages jetzt nach der Lorenz-Entführung „zum Schutz ihres Lebens" erhielten? Wie anders als ein grundsätzlicher Freibrief für den Mord an Kommunisten ist es zu verstehen, wenn der Tod des Genossen Günter „sachlich gerechtfertigt" ist, weil er dem Kampf für die Erhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie diente?**



# KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

## MÜNCHEN

Ein Münchner Genosse erhielt einen Strafbefehl über 778 DM wegen „übler Nachrede", weil er im Juli des letzten Jahres zusammen mit einem anderen Genossen einen ROTEN MORGEN verkauft haben soll, in dem der Mord an Genossen Günter Routhier angeprangert wird. Die Genossen waren damals auf dem 12. Polizeirevier in München festgehalten worden, das vor einiger Zeit durch den Mord an dem Arbeiterjugendlichen Erich Wiesneth bekannt wurde.

## HAMBURG

Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD/ML, erhielt kürzlich den Einziehungsbescheid über ein Megaphon der KPD/ML, das Genossen bei dem Kampf gegen den Landesparteitag der NPD abgenommen worden war. Als Begründung für die Einziehung gibt das Gericht an, daß sicher anzunehmen sei, daß die KPD/ML auch weiterhin gewaltsam gegen faschistische Gruppen vorgehen werde und deshalb anzunehmen sei, daß auch dieses Megaphon wieder zu strafbaren Handlungen eingesetzt werde.

## HAMBURG

Zwei politischen Gefangenen in Hamburg ist vor kurzem wieder die Zustellung des ROTEN MORGEN verwehrt worden. Der ROTE MORGEN Nr. 6, Nr. 7 und Nr. 8 wurde den Gefangenen nicht ausgehändigt, weil, wie es in einem Gerichtsbeschluß heißt, beim Leser der Eindruck erweckt werde, „in der Bundesrepublik Deutschland herrsche ein dauernder Polizei- und Justizterror, gegen den man sich nur mit Gewalt wehren könne". Im Beschluß von Richter Isbarn heißt es, der ROTE MORGEN könne nicht ausgeliefert werden, weil er den gewaltsamen Kampf als einzigen Weg zur Änderung der bestehenden Verhältnisse propagiere.

## DORTMUND

Wegen Beleidigung der Richter des Landgerichts Dortmund im Oßwald/Schulte-Prozeß wurde jetzt der presserechtlich verantwortliche Genosse der Partei in Dortmund zu 1 000 DM Geldstrafe verurteilt. Im Verlauf des Prozesses mußte die Richterin zugeben, daß alle Behauptungen in den Flugblättern unserer Partei über den Verlauf des Prozesses, der brutale Polizeieinsatz gegen die Zuschauer, die Drohungen gegen die Verteidiger und ihren Schriftführer wirklich den Tatsachen entsprechen. Aber dies spielt bekanntlich für die bürgerliche Klassenjustiz keine Rolle. Erneut zeigte sich, daß der Beleidigungsparagraph 185 ein reiner Willkürparagraph ist, bei dem die Tatsachen von vornherein keine Rolle spielen, sondern der einzig und allein der Unterdrückung der Wahrheit dient. Eine besonders schwerwiegende „Beleidigung" für das Gericht war die Feststellung, daß die Gerichte Instrumente der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Volkes und besonders der Kommunistischen Partei sind, weder „unabhängig" sind, noch im „Namen des Volkes" Recht sprechen.

## SPENDENKONTO:

**Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:**

**Vorstand der KPD/ML**
**Spendenkonto:**
**Sparkasse Dortmund**
**Kto Nr. 321 004 547**

## Gretschko in Indien

# Moskau beharrt auf Abhängigkeit Indiens

**Vom 24. – 27. Februar besuchte der sowjetische Verteidigungsminister Gretschko an der Spitze einer Militärdelegation, an der u. a. die Chefs der drei sowjetischen Armeen teilnahmen, Indien. Die Nachrichtenagentur „Neues China" veröffentlichte aus diesem Anlaß einen Artikel, in dem nachgewiesen wird, daß dieser Besuch einen weiteren Schritt der Intensivierung der Rivalität zwischen dem sowjetischen Sozialimperialismus und dem amerikanischen Imperialismus um die Vorherrschaft auf dem südasiatischen Subkontinent und auf dem indischen Ozean darstellt.**

,Unter dem Schleier der ,Entspannung', des ,Friedens' und der ,Stabilität', den die Verteidigungsminister der Sowjetunion und Indiens in ihrem gemeinsamen Kommunique verbreiteten, konnte man doch die schwarzen Wolken der weiteren Aufrüstung auf dem Subkontinent erkennen. Im Kommunique heißt es, daß sie ,ihrer tiefen Beunruhigung Ausdruck geben, die durch Aktivitäten hervorgerufen wird, die bestimmte Kreise mit dem Ziel der Eskalation des Wettrüstens betreiben.' Hier wird offensichtlich auf Aktivitäten angespielt, die die amerikanische Regierung an erster Stelle in dieser Region unternommen hat, nämlich auf ihre Ankündigung, daß das Embargo, das vor 10 Jahren auf die Lieferung von amerikanischen Waffen an Indien und Pakistan gelegt wurde, aufgehoben werden soll. Empört schrieb die sowjetische Zeitung Istwestja am 26. 2., daß diese Aktivität der USA darauf abziele, ihre militärische Macht in Südasien und auf dem indischen Ozean auszudehnen. Offensichtlich versuchte die Zeitung das als Vorwand hinzustellen, um die sowjetische Aufrüstung zu verschleiern, die in diesem Gebiet sehr weit gediehen ist, um hier noch mehr Waffen verkaufen zu können und um die militärische Expansion auf diesem Subkontinent vorantreiben zu können.

Jeder weiß, daß im Lauf der letzten 10 Jahre die sowjetischen Revisionisten große Anstrengungen unternommen haben, um Indien bei der Ausweitung seiner Aufrüstung zu unterstützen. Während der vergangenen 7 Jahre haben sie Indien Waffen und Munition im Gesamtwert von 2 Milliarden Dollar geliefert, nicht gerechnet ihre Unterstützung zum Ausbau der Kriegsproduktion, eingeschlossen eine Fabrik zur Herstellung von Migs in Indien. Die letzte Reise von Gretschko hatte genau das Ziel, der indischen Armee noch raffiniertere Waffen zu liefern und eine modernere Ausrüstung für den Ausbau der Produktionskapazitäten.

Der Sprecher des US-Statedepartments Robert Anderson sagte, in Anbetracht der Tatsache, daß die Sowjetunion große Mengen Waffen an Indien geliefert habe, habe sich die amerikanische Regierung entschlossen, das Embargo für den Export von Waffen an den Subkontinent aufzuheben. Das zeigt, daß da, wo die beiden Supermächte ihre Rivalität austragen, Aufrüstung und Spannung herrschen.

Es wurde enthüllt, daß Gretschko und die indischen Führer mehr noch als über eine bessere Kooperation auf militärischem Gebiet über die Situation gesprochen haben, die dadurch entstanden ist, daß die USA Militärbasen im indischen Ozean errichtet haben. In den letzten Jahren haben die sowjetischen Revisionisten ihre Flotte im indischen Ozean auf mehr als 30 Kriegsschiffe verstärkt, die sich ständig dort aufhalten. Die USA betrachten Südasien und den indischen Ozean als wichtige Flanke für den Nahen Osten und den persischen Golf mit ihrem Ölreichtum und als einzige Passage für den Transport von Öl, diesem Rohstoff, der so große Bedeutung hat. Der indische Ozean ist durch diese verschärfte Rivalität zwischen den beiden Supermächten im Nahen Osten und im persischen Golf immer unruhiger geworden.

Die Reise Gretschkos steht im Zusammenhang mit dem Versuch der sowjetischen Revisionisten, die amerikanischen Anstrengungen, den Einfluß in Indien zu verstärken, zu neutralisieren. Kissinger hatte Indien im letzten Oktober besucht. Der indische Außenminister Chavan und und Kissinger waren übereingekommen, eine gemischte Kommission mit der Verbesserung der amerikanisch-indischen Beziehungen zu beauftragen. Die USA hatten außerdem vorgeschlagen, Indien in diesem Jahr 300 000 t Getreide als Leihgabe zu liefern. Nach einer Meldung von dpa haben die indischen Führer außerdem seit mehreren Monaten mit westlichen Ländern über die Finanzierung von bestimmten militärischen Werken verhandelt. Dpa weist daraufhin, daß die Reisen von Gretschko nach Indien einen Versuch darstellt, ,Indien abhängig von sowjetischen Waffen zu halten.' Das heißt, Moskau wird Indien nicht erlauben, außerhalb festgesetzter Grenzen zu handeln.

Gretschko ist inzwischen in sein Land zurückgekehrt. Seine Reise nach Indien ist eine erneute Warnung an die Völker der Welt über die Ambitionen der sowjetischen Revisionisten in Bezug auf die Hegemonie in Asien und den Bereich des indischen Ozeans.

**ZEITSCHRIFTEN AUS DEN VOLKSREPUBLIKEN CHINA UND ALBANIEN**

**Albanien heute**

Deutschsprachige politische Zeitschrift. Erscheint zweimonatlich in Tirana.
Preis: 12,- DM / Jahr

**NEUES ALBANIEN** 4 1974

Politisch-gesellschaftliche Illustrierte. Erscheint zweimonatlich in deutscher Sprache in Tirana.
Preis: 12,- DM / Jahr

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

**PEKING RUNDSCHAU**

Eine politische Wochenschrift über China und Weltangelegenheiten.

| | 1 Jahr | 2 Jahre | 3 Jahre |
|---|---|---|---|
| DM | 12,– | 18,– | 24,– |

**CHINA IM BILD**

Eine Monatsschrift im Großformat mit reichem Bildmaterial über Chinas neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus auf verschiedenen Gebieten.

| | 1 Jahr | 2 Jahre | 3 Jahre |
|---|---|---|---|
| DM | 10,– | 15,– | 20,– |


# Das trügerische sowjetische Budget

Aus Peking Rundschau 8/75

**Die sowjetrevisionistischen Behörden hatten vor kurzem die Unverschämtheit, vor der ganzen Welt zu verkünden, das sowjetische Militärbudget für 1975 beliefe sich nur auf 17,4 Milliarden Rubel (etwa 22 Milliarden US-Dollar), was um 250 Millionen Rubel weniger als im vorangegangenen Jahr zu sein scheint. Wie gewöhnlich folgten dann die Fanfarenstöße der TASS-Nachrichten und -Kommentare: Wie die Sowjetunion bei der „Reduzierung ihrer Verteidigungsausgaben" Erfolge erzielt. Mit Schlagzeilen, die bei den Menschen Eindruck schinden sollten.**

**Wenden die Sowjetrevisionisten wirklich nur diesen Betrag für ihre Militärausgaben auf, und – wie sie erzählen – „reduzieren" sie ihn gar von Zeit zu Zeit? Von wem wird erwartet, das zu glauben?**

Seit vielen Jahren beobachtet die öffentliche Meinung in der Welt genau die Militärausgaben der Sowjetrevisionisten – mit der Schlußfolgerung, sie müßten etwa gleich hoch sein wie die Ausgaben der USA für diesen Zweck, und diese betragen im laufenden Fiskaljahr über 80 Milliarden Dollar. Und die Sowjetunion? Die sowjetrevisionistischen Anführer hatten niemals den Mut, die vielen von außen angestellten Analysen in dieser Sache zu dementieren. Nun, da die Zeit für das Erstellen des Militärbudgets für nächstes Jahr gekommen ist, haben sie keine andere Alternative, als unverschämt weiter zu lügen, obwohl sie nur zu genau wissen, daß dies niemanden überzeugen wird, nicht einmal sie selbst.



**Die aggressive Armee der Sozialimperialisten besetzt Prag (1968)**

Es ist allgemein bekannt, daß die Sowjetunion ein Land mit einer militarisierten Volkswirtschaft ist. Seit dem Amtsantritt von Breschnew haben die Rädelsführer des Sowjetrevisionismus immer wieder ihre Absicht klar gemacht, eine „große Menge Geld in die Landesverteidigung" leiten zu wollen, und, um „Überlegenheit" über die USA zu erreichen, „alles zu tun", ihre militärische Stärke auf dem „höchsten Niveau" zu halten, das von der jeweiligen Entwicklung der Dinge gefordert werde. Wie die Dinge stehen, haben sie in dieser Frage Wort gehalten.

Sie, genauso wie die USA – wobei beide jeden Tag das Wort „Abrüstung" im Mund führen – rüsten Tag und Nacht auf. Mit dem Resultat eines entfesselten Wettrüstens, wie es bisher noch nicht dagewesen ist. Die Sowjetrevisionisten haben jetzt die an Zahl stärksten Streitkräfte in der Welt, sie haben die Anzahl ihrer Interkontinentalraketen (ICBM) in den vergangenen zehn Jahren mehr als verzehnfacht. Jetzt pumpen sie noch mehr Geld in die versuchsweise Produktion von MIRVs und in den Bau von mit lenkbaren Raketen ausgerüsteten Atom-U-Booten neuesten Typs. Gleichzeitig verdoppeln sie ihre Bemühungen, ihre konventionelle Bewaffnung auszubauen. Die wissenschaftlichen Experimente sind Legion, die sie für militärische Zwecke durchführen. Ist das kein klarer Beweis für das beträchtliche Anwachsen ihrer Militärausgaben Jahr für Jahr?

Den Herren im Kreml, die immer ihre Militärausgaben verheimlichen, passiert es manchmal, daß sie sich selbst bloßstellen. Chruschtschow, zum Beispiel, hat sich während seines Besuches in den USA 1959 „versprochen". Er sagte damals: „Die Militärausgaben in Ihrem Land (den USA) sind jährlich durchschnittlich über 40 Milliarden Dollar. Und bei uns? Es ist nicht nötig, die Tatsache zu verheimlichen, daß wir jedes Jahr für den gleichen Zweck fast 25 Milliarden Dollar ausgeben." Nun, die von ihm verratene Zahl war schon das Zweieinhalbfache dessen, was die Sowjetrevisionisten damals veröffentlicht hatten. Als Chruschtschow davon sprach, es sei „nicht nötig, die Tatsache zu verheimlichen", bedeutete dies natürlich nicht, daß er offenherzig war. Aber dieser Ausspruch kann mindestens als Hinweis dafür dienen, daß die wirklichen Militärausgaben des Sowjetrevisionismus sehr viel höher sind als die Zahl, die er zu veröffentlichen beliebt.

Breschnew, der so stolz darauf ist, gewiegter zu sein als sein Vorgänger, hat sich auch einmal verraten. Zum Beispiel im Jahre 1969 zitierte ein „wichtiges" Dokument, an dessen Ausarbeitung er teilnahm, bestimmt und offen die vom Londoner Internationalen Institut für strategische Studien gelieferte Zahl über die Höhe der Militärausgaben der Warschauer-Pakt-Gruppe. Dieses Institut schätzte, daß die Militärausgaben der Sowjetunion zu jener Zeit etwa dreimal so hoch wie die von den sowjetrevisionistischen Behörden veröffentlichte Zahl waren. Dasselbe Institut war auch der Ansicht, daß die Sowjetunion in all den Jahren bei den Militärausgaben mit den USA Schritt gehalten hat, und errechnete für die letzten zwei Jahre jährlich 80 bis 90 Milliarden Dollar an Militärausgaben der Sowjetrevisionisten.

Nun ist es völlig offensichtlich, daß die von den Sowjetrevisionisten offiziell veröffentlichten Zahlen darüber unwahr sind. Wenn es noch eines weiteren Beweises bedarf, so findet sich dieser in der durch die Expansion ihrer Kriegsindustrie hervorgerufenen Einseitigkeit ihrer Wirtschaft. In diesem selbsternannten „entwickelten sozialistischen Land" herrscht ein ernster Mangel an Konsumgütern, die Landwirtschaft ist seit langem zurückgeblieben, die Waren auf dem Markt sind sehr knapp, die Preise steigen ständig, und das Leben der Werktätigen wird immer schlechter. So mancher mag sich fragen, wohin der enorme Reichtum verschwunden ist, den das sowjetische Volk mit vielen Mühen geschaffen hat. Abgesehen davon, daß einige wenige, die Mitglieder der Klasse der bürokratischen Monopolkapitalisten, sich daran mästen, frißt die Rüstung den Löwenanteil des nationalen Reichtums auf.

Von einem ununterbrochenen Wachstum als einer Reduktion der Militärausgaben zu sprechen, das ist wohl eine plumpe Art, das sowjetische Volk und die Weltmeinung täuschen zu wollen, und enthüllt gleichzeitig die äußerst schwache Position der herrschenden sowjetrevisionistischen Clique völlig – einer Bande von Reaktionären, die gegen die historische Strömung ankämpft. Diese Reaktionäre stehen dem sowjetischen Volk feindlich gegenüber, sie fürchten es über alle Maßen. Sie wagen nicht, dem sowjetischen Volk die Wahrheit über den gigantischen Rüstungswettlauf zu sagen, in den sie sich eingelassen haben. Nehmen wir das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen als Beispiel. Die sowjetischen Revisionisten wagten nicht, dem sowjetischen Volk die wesentlichen Punkte des Abkommens über strategische Waffen mitzuteilen, das zwischen Breschnew und dem US-Präsidenten Ford im November 1974 ausgehandelt wurde.

Die vielen hochtönenden Dokumente jedoch, von Moskau und Washington im Jahr 1972 unterzeichnet, veröffentlichten die Sowjetrevisionisten alle mit großem Reklamewirbel in ihren Massenmedien; die einzige Ausnahme war das Abkommen über die sogenannte „Begrenzung" der strategischen Offensivwaffen – dieses wurde dem sowjetischen Volk verheimlicht. Und zwar deshalb, weil dieses besondere Dokument deutlich machte, daß die Sowjetunion die USA bei ICBMs und anderen strategischen Waffen, die sie danach zu besitzen berechtigt ist, zahlenmäßig übertreffen werde. Die Anführer des Sowjetrevisionismus wissen genau um ihre Schuld und haben Angst, sie könnten ihre wahre Natur nicht mehr hinter Sprüchen verschleiern wie „Reduzierung der Militärausgaben" und „Verbesserung des Wohlergehens des Volkes", sie fürchten, das sowjetische Volk könnte sich erheben und gegen sie rebellieren.

Lenin hat einmal gesagt: **„. . . Renegaten gibt es (. . .) in allen Ländern, und stets gibt es unter ihnen Meister der Effekthascherei."** Die sowjetrevisionistischen Anführer machen einen großen Lärm um die „Reduzierung der Militärausgaben". Aber dies kann ihr Renegatengesicht nicht im geringsten verschleiern und auch nicht die Wahrheit ihres intensivierten Wettrüstens mit den USA verbergen.

# DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

## Vor 5 Jahren - Putsch der Lon Nol-Clique

**Vor fünf Jahren, am 18. März 1970, putschten Lon Nol, Sirik Matak und ihre Clique gegen das legale Staatsoberhaupt Kambodschas, Norodom Sihanouk, der sich zu dieser Zeit im Ausland befand. Sie bezeichneten sich selbst als „Retter der Nation", während sie Norodom Sihanouk des Landesverrats bezichtigten, der das Land an die Demokratische Republik Vietnam und die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam ausliefern wolle.**

In Wirklichkeit jedoch waren Lon Nol und seine Clique nichts anderes als Marionetten in den Händen der amerikanischen Imperialisten, an die sie sich schon längst verkauft hatten und auf deren Befehl sie handelten. Die amerikanischen Imperialisten zettelten den Putsch in Kambodscha an, um das Land in ihre Neokolonie zu verwandeln und es als Basis für ihren Aggressionskrieg gegen die Völker von Vietnam und Laos zu benutzen. Dies war seit langem ihr Ziel. Über zehn Jahre lang hatten sie spioniert und Sabotage getrieben, schreckten sie nicht vor Bombenanschlägen auf das Leben Norodom Sihanouks zurück. Sie stellten sogar eine faschistische Söldnertruppe auf, die „freien Khmer", die von Thailand aus eine Invasion gegen Kambodscha vorbereiteten. Am 18. März 1970 stürzten die amerikanischen Imperialisten die Politik der Nichteinmischung, der Neutralität und der Unabhängigkeit Kambodschas um, errichteten Lon Nol und seine Bande auf ihren Wink hin eine faschistische Diktatur über das Volk, begannen sie ihren Aggressionskrieg gegen das kambodschanische Volk, den sie bis heute fortsetzen. Ihre Aggression ist die einzige Ursache des Krieges in Kambodscha.

Die amerikanischen Imperialisten haben stets geleugnet, daß sie irgendetwas mit dem Putsch vom 18. März 1970 zu tun haben, sie nannten Lon Nol in der Öffentlichkeit immer einen „Verbündeten", um zu verbergen, daß er nur ihre Marionette ist, und sie bedauerten heuchlerisch den „Bürgerkrieg", der in Wirklichkeit ein mörderischer und verbrecherischer Krieg der amerikanischen Imperialisten gegen das kambodschanische Volk ist.

> **Spendet zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf das Konto:**
>
> **Vorstand der KPD/ML**
> **Spendenkonto**
> **Stadtsparkasse Dortmund**
> **Kto. Nr. 321 004 547**
> **Stichwort: KAMBODSCHA**

Das kambodschanische Volk kämpfte von Anfang an gegen die Verräter in Phnom Penh und die amerikanischen Imperialisten. Nur fünf Tage nach dem Putsch gab Norodom Sihanouk seine historische Erklärung ab, in der er die Bildung der Königlichen Regierung der Nationalen Union, der Nationalen Einheitsfront und der Nationalen Befreiungsarmee bekanntgab. **Er rief das ganze Volk auf, zu den Waffen zu greifen, um das Verräterregime zu stürzen und die amerikanischen Imperialisten aus dem Land zu jagen.**

Um das Regime vor dem Untergang zu retten, marschierten die USA-Imperialisten am 30. April mit 100 000 Söldnern in Kambodscha ein, und sie begannen gleichzeitig ein Flächenbombardement der Dörfer, ermordeten tausende von Menschen, verwüsteten das Land und zerstörten die Häuser und Kulturdenkmäler. Dieser barbarische Überfall enthüllte vor der ganzen Welt, wer der Organisator des Putsches vom 18. März war. Der Überfall der USA-Imperialisten auf das kambodschanische Volk rief nicht nur die Empörung der Völker der Welt hervor, sondern er entfachte auch eine beispiellose Welle des Kampfes der amerikanischen Jugend gegen die amerikanischen Imperialisten, an dem sich hunderttausende im ganzen Land beteiligten. **Um diesen Kampf zu unterdrücken, setzte die Nixon-Regierung brutal Truppen- und Polizeiverbände ein und ließ in kaum zwei Wochen zwölf Teilnehmer an Protestdemonstrationen erschießen.**

Während das kambodschanische Volk bei den Völkern der Welt breite Unterstützung fand, zeigte sich umso klarer der offene Verrat der sowjetischen Sozialimperialisten am Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes. Die sowjetischen Sozialimperialisten hatten anfangs gehofft, Sihanouk bestechen und erpressen zu können. Als ihnen das nicht gelang, traten sie offen auf die Seite Lon Nols, erkannten ihn diplomatisch an und gaben ihm ihren Segen. Sie hielten diese Beziehungen bis zum Jahr 1973 aufrecht. Auf Befehl der sowjetischen Sozialimperialisten riegelten die tschechoslowakischen Revisionisten im August 1970 die Botschaft Kambodschas in Prag ab, sie sperrten die Wasser- und Stromversorgung und die Versorgung mit Lebensmitteln. Sie taten dies, weil sich der Botschafter auf die Seite des Befreiungskampfes gestellt hatte und das Gebäude nicht an einen der Banditen Lon Nols übergeben wollte.

**In den fünf Jahren des Kampfes hat sich das kambodschanische Volk hauptsächlich auf seine eigenen Kräfte gestützt. In nur fünf Jahren hat es 90% des Landes befreit, die Verräter in Phnom Penh eingeschlossen und den amerikanischen Imperialisten Schlag auf Schlag versetzt. Sie, die Lon Nol in den Sattel hoben, sind heute bereit, ihn fallen zu lassen, wenn nur „das System bestehen bleibt", in der Hoffnung, so ihren Einfluß in Kambodscha aufrechterhalten und ihre Aggression fortsetzen zu können.**

**Das kambodschanische Volk wird nicht auf dieses Manöver der amerikanischen Imperialisten hereinfallen. Es wird, unter der Führung der NEFK, der KRNUK und der Volksstreitkräfte das Verräterregime endgültig vernichten und die amerikanischen Imperialisten aus dem Land jagen, um ein neues, blühendes, freies und unabhängiges Kambodscha aufzubauen, das niemandem untertan ist und in dem das Volk die Macht in den Händen hält.**

## Das Volk hält die Macht in den Händen

**In den befreiten Gebieten von Kambodscha, so behauptete der amerikanische Präsident Ford in seiner letzten Pressekonferenz, hätten sich „unglaubliche Schreckensgeschichten" abgespielt. Zur gleichen Zeit verstärkt die bürgerliche Presse ihre Hetze gegen die Nationale Einheitsfront Kambodschas (NEFK), die Königliche Regierung der Nationalen Union (KRNUK) und die Volksstreitkräfte. Je deutlicher für die ganze Welt wird, daß das Verräterregime in Phnom Penh vor dem endgültigen Zusammenbruch steht, desto mehr häufen sich in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen die Meldungen und Berichte über den angeblichen Terror der NEFK in den befreiten Gebieten, über Flüchtlinge, die angeblich in Scharen vor den Volksstreitkräften flüchten, über „Blutbäder" und „Massaker".**

Dies alles geschieht, um den mörderischen und verbrecherischen Charakter des Aggressionskrieges der amerikanischen Imperialisten gegen das kambodschanische Volk vor den Völkern der Welt zu vertuschen und dem Verräterregime Lon Nols, das in Phnom Penh von innen und von außen umzingelt ist, wenigstens den Anstrich einer legitimen Regierung zu geben. All das sind jedoch vergebliche Versuche, aus schwarz weiß zu machen, denn die Tatsachen sprechen eine allzu deutliche Sprache.



**Das kambodschanische Volk baut seine befreiten Gebiete mit großem Einsatz auf. Bild: Der Bau eines Bewässerungskanals.**

Die befreiten Gebiete Kambodschas umfassen heute über 90% des gesamten Landes. In den befreiten Gebieten gibt es keine Unterdrückung des Volkes. Die faschistische Clique um Lon Nol begann ihre Herrschaft damit, daß sie alle Freiheiten und Rechte des Volkes aufhob und stattdessen eine Verordnung erließ, nach der jedermann, der „für die Staatssicherheit als gefährlich oder möglicherweise schädlich angesehen wird, ohne Haftbefehl" in den Kerker geworfen werden kann. Grausame faschistische Unterdrückung, Korruption, Ausplünderung der Volksmassen bis aufs Blut, der Verrat der nationalen Unabhängigkeit und der Freiheit des Landes an die amerikanischen Imperialisten, der Mord an tausenden von Männern, Frauen und Kindern durch die Kugeln der Söldner des Regimes, die Bomben und das Giftgas der amerikanischen Imperialisten – das ist das Gesicht der Verräterclique um Lon Nol und ihres Herrn, der USA-Imperialisten.

**Die befreiten Gebiete sind die Frucht des Kampfes des Volkes selbst, das sich unter der Führung der NEFK gegen die amerikanischen Imperialisten und die Verräterclique erhoben hat.** Die Komitees der NEFK und die Machtorgane der verschiedenen Ebenen in den befreiten Gebieten sind vom Volk gewählt und repräsentieren seinen Willen. **Die Tatsache, daß am 24. und 25. Februar mitten in den befreiten Gebieten der 2. Nationale Kongreß von Kambodscha abgehalten wurde, ist dafür ein glänzender Beweis.** In einer Erklärung, die der Kongreß verabschiedete, heißt es: ***„Im Inneren bestimmen die NEFK und die KRNUK im Namen der ganzen Nation und des ganzen Volkes das Schicksal des Landes. Sie halten die große Einheit der ganzen Nation und des ganzen Volkes aufrecht, unabhängig von den sozialen Klassen, den politischen und religiösen Überzeugungen und ungeachtet der Vergangenheit der Menschen – einzig ausgenommen die sieben Verräter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, Cheng Heng, In Tam, Long Boret und Sosthene Fernandez. Die NEFK und die KRNUK werden ein blühendes Kambodscha aufbauen, in dem das Volk genug zu essen haben wird und genug anzuziehen, in dem es seine eigenen Häuser und Wohnungen haben wird und in dem es mit medizinischen und kulturellen Einrichtungen gut versorgt sein wird."***

Obwohl die Bevölkerung in den befreiten Gebieten heute alle Kräfte anspannen muß, um die Volksstreitkräfte, um die Front mit den notwendigen Gütern, den Lebensmitteln und der Ausrüstung zu versorgen, gibt es in den befreiten Gebieten dennoch keinen Hunger, sondern hebt sich im Gegenteil der Lebensstandard ständig, während die Bevölkerung in den noch von der Lon Nol-Clique kontrollierten Gebieten infolge der grausamen Ausbeutung und der Korruption Hunger leidet. **Der Sieg über den Hunger in den befreiten Gebieten ist ein großer historischer Erfolg des kambodschanischen Volkes.** In tausenden von Jahren bestellten die armen Bauern ihre Felder „im Vertrauen auf die Hilfe des Himmels". Sie lebten ständig am Rande des Hungers, aßen am Morgen und hungerten am Abend, hatten nur drei oder vier Monate im Jahr satt zu essen. Heute haben die Bauern in den befreiten Gebieten ihr Schicksal selbst in die Hand genommen. **Mobilisiert und geführt von der NEFK haben sie Gruppen zur gegenseitigen Hilfe gebildet, ihre schöpferischen Kräfte entfaltet und im Vertrauen auf die eigenen Kräfte die landwirtschaftliche Produktion entwickelt.**

Sie haben den Hunger ebenso besiegt, wie sie den amerikanischen Imperialisten und ihren Lakaien Schlag auf Schlag versetzten. Die Freiheit und Unabhängigkeit der Bevölkerung in den befreiten Gebieten hat sich das Volk mit der Waffe in der Hand erkämpft, und es verteidigt seine Freiheit und Unabhängigkeit unter der Losung: ***„Die Hacke in die eine Hand nehmen, in die andere das Gewehr!"*** Das kambodschanische Volk hat sich nicht nur seine Volksstreitkräfte geschaffen, in denen die besten Söhne und Töchter des Landes kämpfen, es hält darüber hinaus selbst die Waffen in der Hand als Zeichen dafür, daß es wirklich die Macht in den Händen hält.

**„Schrecklich" ist dies alles nur für die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien, während es für die Völker der Welt ein glänzendes Beispiel und eine große Ermutigung in ihrem Kampf gegen den Imperialismus und vor allem die beiden Supermächte ist.**

## Aus aller Welt

### DEMOKRATISCHE REPUBLIK VIETNAM

Auf Einladung des Ministeriums für die Nationale Verteidigung der Demokratischen Republik Vietnam, traf am 28. Februar eine Militärdelegation der VR China in Hanoi ein. Die Delegation wurde von Yang Yun, Mitglied des ZK der KP Chinas und Kommandeur der Einheiten der Volksbefreiungsarmee in Sinkiang, geleitet. Die chinesische Militärdelegation wurde auf dem Flughafen von Generaloberst Hoang van Thai, stellvertretender Minister für Nationale Verteidigung, herzlich begrüßt. Am Abend des 1. März gab General Nguyen Giap einen Empfang für die chinesische Militärdelegation, der durchdrungen war von der großen Freundschaft und militanten Solidarität zwischen den beiden Völkern und Armeen.

### USA

Am 27. Dezember demonstrierten in New York 8 000 Bauarbeiter gegen Massenentlassungen. Das war seit vielen Jahren die größte Demonstration der Bauarbeiter, die auf ihrem Marsch mehrfach Hauptverkehrsstraßen blockierten. Die Bauarbeiter kämpften gegen die Polizei, die versuchte, die Demonstration zu verhindern. Dabei wurden einige Arbeiter verhaftet.

## HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!



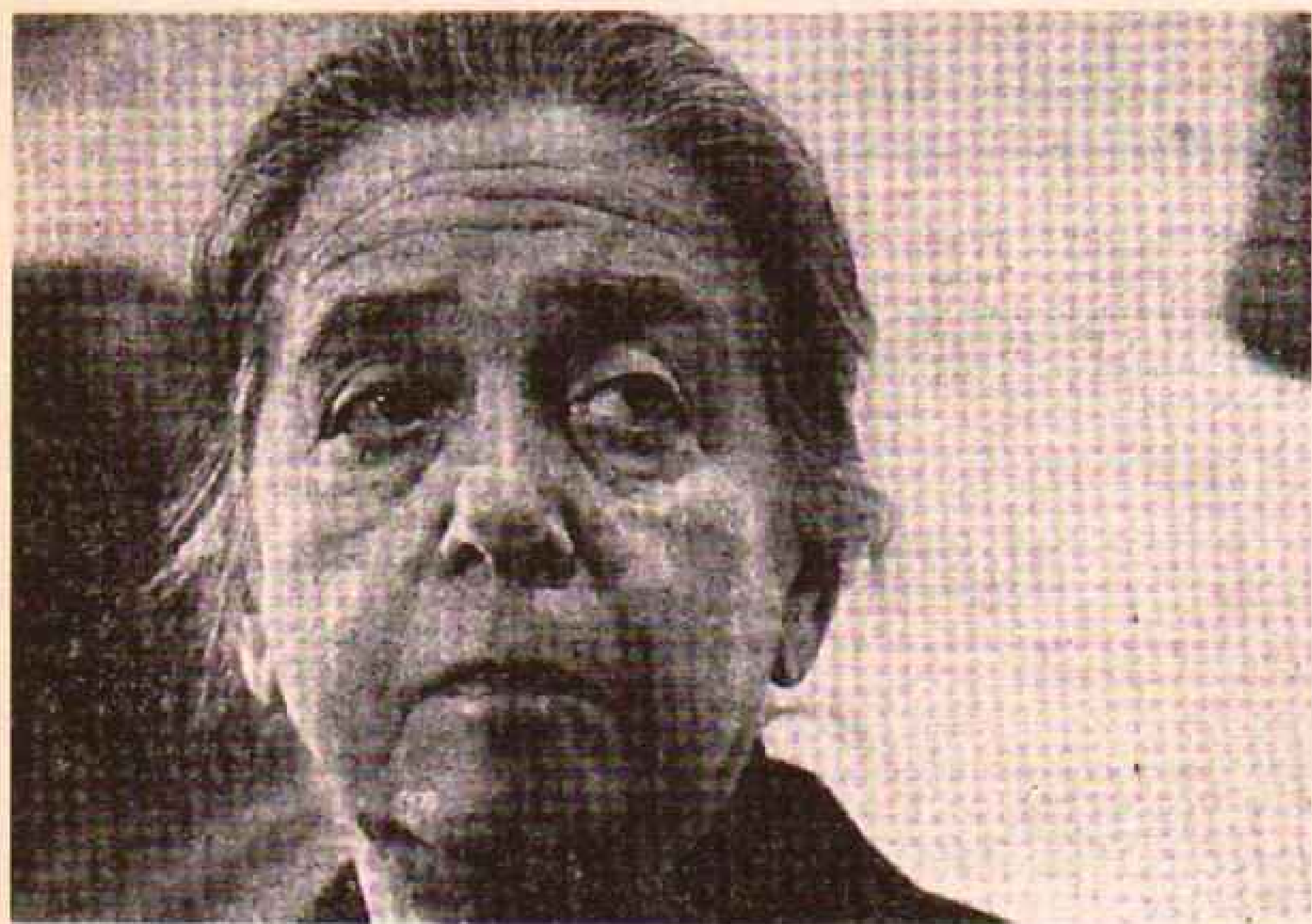
**RADIO TIRANA**

| UHRZEIT: | WELLENLÄNGE: |
|---|---|
| **1. Programm:** | |
| 13.00 – 13.30 | 32 und 41 Meter |
| 16.00 – 16.30 | 32 und 41 Meter |
| 19.00 – 19.30 | 41 und 50 Meter |
| **2. Programm:** | |
| 14.30 – 15.00 | 32 und 41 Meter |
| 18.00 – 18.30 | 32 und 41 Meter |
| 21.30 – 22.00 | 41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle |
| **3. Programm:** | |
| 6.00 – 6.30 | 41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle |
| 23.00 – 23.30 | 41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle |

**RADIO PEKING**

im Winter 43,7; 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer 26,2 Meter
jeweils 19.00 – 20.00 und 21.00 – 22.00 Uhr

**32 Meter entspricht 9,26 MHz;**
**41 Meter entspricht 7,23 MHz;**
**50 Meter entspricht 5,95 MHz;**
**215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.**



Im Alter von 77 Jahren starb in München die Schauspielerin Therese Giehse. Die Schauspielerin, die zuletzt im Fernsehen in dem Stück Berthold Brechts „Die Gewehre der Frau Carrar" zu sehen war, wurde von Brecht als hervorragende Schauspielerin gelobt. Therese Giehse war deshalb eine große Schauspielerin, weil sie mit ihrem Theaterspiel auf der Seite des Volkes stand und ihm helfen wollte seine Lage zu erkennen und zu verändern. Das zeigte sich auch in ihrer Vorliebe für Stücke von Dichtern wie Brecht oder Gorki. Therese Giehse beteiligte sich mit ihrer Unterschrift am Kampf für die Einbürgerung des Gen. Sascha Haschemi.

# Ich wünsche Euch des Weltenalls Erbeben

**Unter diesem Titel erschien kürzlich im Unions Verlag Zürich ein Sammelband mit Erzählungen und Gedichten aus dem Kampf der Schweizer Arbeiterklasse von Lisel Bruggmann, der inzwischen auch bei der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, Hamburg, erhältlich ist.**

Lisel Bruggmann, am 21. 7. 1900 geboren, kämpfte von ihrer frühen Jugend an in den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung. Zunächst Mitglied in der „Freien Jugend" war sie aktiv am Kampf gegen den Verrat der II. Internationale beteiligt und später Mitglied der Kommunistischen Partei der Schweiz. So wie sie gegen den Verrat der II. Internationale gekämpft hatte, trat Lisel Bruggmann auch gegen den Verrat der modernen Revisionisten auf. In der großen Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung stellten sich Lisel und ihr Mann Hans Bruggmann ohne zu Zögern auf die Seite der KP Chinas und der PAA. Lisel Bruggmann beteiligte sich dann vor allem an der proletarischen Frauenbewegung der Schweiz. Als 1968 die Jugendbewegung in der Schweiz einen großen Aufschwung nahm, stellte sie sich entschlossen auf die Seite der kämpfenden Jugendlichen und nahm auch an mehreren Versammlungen teil.

Während dieser ganzen Zeit waren Gedichte und Erzählungen für Lisel Bruggmann ein Mittel, den Kampf des Proletariats voranzutreiben. Ihr letztes Gedicht schrieb sie zum 1. Mai 1966. Bereits von einer tödlichen Krankheit gezeichnet, erlebte sie, wie der Kampftag der Arbeiterklasse wieder ein revolutionäres Gesicht bekam, klassenkämpferische, kommunistische Parolen durch die Straßen klangen.

Lisel Bruggmanns Gedicht „Zum internationalen Frauentag" ist Teil ihrer unermüdlichen Arbeit unter den proletarischen Frauen mit dem Ziel, sie einzureihen, in die rote Front für den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.

### ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

**Du stehst den ganzen Tag an der Maschine**
**Du Weberin mit bleichem Angesicht;**
**Erfüllst mit angestrengter, ernster Miene**
**Im Kapitaldienst Deine strenge „Pflicht".**
**Du bist so müde und so abgehetzt,**
**Du bist auf Hungerration gesetzt,**
**Du lebst von Mühe, Not und Sorg' und Plag':**
**D i r gilt der Internationale Frauentag!**

**Du nähst vom frühen Morgen bis zum Abend**
**Für karge Batzen Deine Konfektion,**
**An trocknem Brote spärlich Dich erlabend,**
**Du wirst nicht satt, Dein Herr wird reich davon.**
**Du denkst in einem stillen Augenblick**
**Enttäuscht an früher einst erhofftes Glück.**
**Du Näherin, Dir hilft nicht Bitt' nicht Klag',**
**Mach mit am Internationalen Frauentag!**

**Entlassen stehst Du hungernd auf der Straße,**
**Du arbeitslose Proletarierin,**
**Und fragst Dich bange, bis zu welchem Maße**
**Erträglich sei der Hunger, und wohin**
**Die Not Dich treibt. — Hör auf den lauten Schrei**
**Der Millionen: Brot und Arbeit! — Sei**
**Mit uns! Und all Dein Fordern trag**
**Hinaus am Internationalen Frauentag!**

**Hinaus, ihr Millionen, auf die Straße!**
**An unserem Tage rüttelt an der Welt!**
**Hinaus! Schreit Euer Wollen in die Masse!**
**Daß es den ganzen Erdenraum durchgellt.**
**Wir wollen Arbeit! Brot! Wir wollen leben!**
**Wir wollen uns nicht länger mehr ergeben**
**Geduldig — still in unser Sklavenjoch!**
**Stark ist der Feind, doch wir sind stärker noch!**

**Wir sind Millionen! Wir sind stark und groß!**
**Wir holen aus zum kräftigen Todesstoß**
**Auf unsern Klassenfeind, das Kapital.**
**Hört Ihr die Kampfsignale? Überall**
**Da flammt es auf! Willst Du beiseite stehn,**
**Du Klassenschwester, und von weitem sehn,**
**Wie wir uns rüsten für den letzten Schlag**
**Allüberall, allüberall**
**Rund um den großen Erdenball?**
**In Nord und Ost, in West und Süd,**
**Du wartest? Nein, Du schreitest mit!**
**Mit uns, am Internationalen Frauentag.**

# Touristik-Rummel nicht erholsam – aber teuer

**In den meisten Betrieben mußten sich die Kollegen längst in die Urlaubslisten eintragen. In vielen Arbeiterfamilien ist wegen Überstunden- und Sonderschichtenabbau, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Teuerung und Lohnraubabschlüssen eine Urlaubsreise in diesem Jahr nicht zu bezahlen. Aber auch für die Kollegen, die eine Urlaubsreise noch finanzieren können, ist die Freude auf den Urlaub nicht ungetrübt.**

Es fängt damit an, daß praktisch schon preislich gesehen nur eine Pauschalreise mit einem der großen Reiseunternehmen in Frage kommt. Alles andere ist zu teuer, vor allem auch ein Urlaub innerhalb Deutschlands. Also geht es zu einem jener Urlaubsorte, die im wesentlichen aus Hotelklötzen und überfüllten Badestränden bestehen.

Die Touristik-Monopole behaupten, der von ihnen aufgezogene Touristik-Rummel diene der Freundschaft zwischen Völkern. Die Wirklichkeit aber sieht anders aus. Wo Neckermann und seinesgleichen den Fuß hingesetzt haben, da ist für das Volk und seine traditionelle Kultur und Lebensweise kein Platz mehr. Das Leben der Menschen in diesen Gebieten wird zerstört. Ihre Existenz als Fischer, Bauern, Handwerker und kleine Händler ruiniert. Ein Großteil von ihnen wird praktisch aus seinen Heimatorten vertrieben, der Rest lebt als Hoteldiener oder Souvenirverkäufer und ist völlig vom Tourismus abhängig. Und wenn in vielen dieser Urlaubsorte die Einheimischen nicht einmal mehr den Strand betreten dürfen, der unter die Hotels aufgeteilt und für die ausländischen Touristen reserviert ist, dann wird klar, daß das auf keinen Fall die Freundschaft zwischen den Völkern fördert.

Als weiteres Argument für das „segensreiche Wirken" der Touristikmonopole wird uns erzählt, der Tourismus würde den Reiseländern wirtschaftlich helfen. Sicher stimmt es, daß für einige dieser Länder der Tourismus zu einer der wichtigsten Einnahmequellen geworden ist. **Aber sicher ist es auch kein Zufall, daß gerade aus diesen Ländern die meisten ausländischen Kollegen stammen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die westdeutschen Kapitalisten zu verkaufen, weil sie in ihren Heimatländern keine Arbeit finden.** Gewiß liegt das nicht daran, daß durch den Tourismus die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Heimatländer so gefördert wurde. In Wirklichkeit wurden in diesen Ländern durch den Tourismus große Zweige der alten Erwerbsformen zerstört, während gleichzeitig der Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft dieser Länder verhindert wird. Die Touristikmonopole verlangen von diesen Ländern beträchtliche Investitionen im Tourismus-Bereich, damit sie sie überhaupt in ihr Programm aufnehmen. Der Löwenanteil des Gewinns aber bleibt natürlich nicht in den Reiseländern, sondern wird von den Monopolen eingestrichen. Es ist bekannt, daß beispielsweise Tunesien vor einigen Jahren einen größeren Anteil am Gewinn verlangt hat. Die internationalen Reisemonopole sprachen sich ab und senkten drastisch die Buchungen für Tunesien mit dem Resultat, daß neuerbaute Hotels nur zum Bruchteil belegt waren und fast fertiggestellte Hotels nicht mehr weitergebaut werden konnten und als Rohbau bereits Ruinen waren. So stehen diese Länder unter dem ständigen Druck der Monopole und können ihre eigene Wirtschaft in keiner Weise entwickeln. **Der Tourismus ist ein Mittel des Imperialismus zur Ausplünderung dieser Länder und um sie in Abhängigkeit zu halten.** Es ist blanker Zynismus, wenn die Touristikmonopole auch noch behaupten, der Völkerfreundschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung der Reiseländer zu dienen.

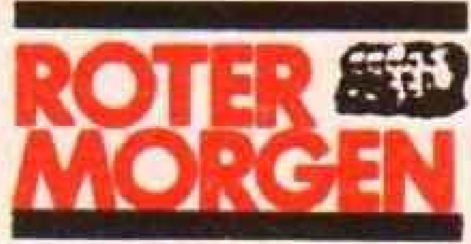
Aber die Touristikmonopole plündern natürlich nicht nur die Völker der Reiseländer aus, sondern auch die Werktätigen, die bei ihnen einen Urlaub gebucht haben. Manche Arbeiterfamilie muß das ganze Jahr für den Urlaub sparen, aber bekommt sie vielleicht das, was die farbigen Hochglanzkataloge versprechen? Oft genug ist es so, daß die Kunden der Touristikunternehmen völlig um den dringend benötigten Urlaub gebracht werden, weil sie sich statt in dem zugesicherten „ruhigen Zimmer mit Blick auf das Meer" auf einer lärmenden Baustelle wiederfinden. Wir wollen gar nicht darauf eingehen, daß viele Reiseunternehmen aus Profitgier Flugzeuge einsetzen, die nicht einmal die minimalsten Sicherheitsanforderungen erfüllen, wodurch es schon zu mehreren schweren Katastrophen gekommen ist. Aber auch wenn man heil hin und zurück kommt, wenn kein Preßlufthammer unter dem Zimmerfenster dröhnt, ist es fraglich, ob diese zwei bis drei Wochen wirklich erholsam sind. Wenn man nach Hause kommt, hat man jedenfalls das Gefühl, daß man dringend Urlaub nötig hätte. **Nicht nur im Betrieb, auch im Urlaub zeigt sich, daß der Kapitalismus in keiner Weise in der Lage ist, die Bedürfnisse des werktätigen Volkes zu befriedigen.**

## Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

**Im Februar wurden auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN eingezahlt: R.-D. H.. Bönen, 3. 2., 50 DM — J. H., Zürich, 5. 2., 50 DM — W. K.,Essen, 5. 2., 25 DM, RG-Jugendtreff, 6. 2., 63 DM — Arbeitertreff Hamburg-Barmbek, 11. 2., 35 DM — Spendensammlung bei AP in Frankfurt, 11. 2., 8,50 DM — Jugendtreff der RG Hamburg-Langenhorn, 13. 2., 11 DM — Feier zum 6. Jahrestag der Partei, Kitzingen, 14. 2., 150 DM — Kunden des Thälmann-Buchladens Kiel, 18. 2., 177 DM — M. M., Stuttgart, 20. 2., 26 DM — G. D., Butzbach, JVA, 24. 2., 50 DM — Feier zum 6. Jahrestag der Partei, Frankfurt, 24. 2.. 430 DM — RM-Lesekreis, Kiel, 24. 9. /26. 2.. 38 DM — Sylvestertombola Westberlin, 25. 2., 111,10 DM — Sympathisanten aus Gießen, 26. 2., 4,50 DM — RM-Lesekreis Kiel-Gaarden, 26. 2., 31,96 DM — Stadtteilzelle Kiel-Gaarden, 26. 2., 50 DM — LV NRW, 26. 2., 76 DM — China-Veranstaltung, Hamburg, 26. 2.. 150 DM — LV Westberlin, 26. 2., 32 DM — RM-Lesekreis, Kiel, 26. 2., 45,57 DM — LV Westberlin, 26. 2., 1 220 DM — O. G., Gießen, 26. 2., 32 DM — O. G., Kiel, 26. 2.. 250 DM — Zeltlager von Rotgardisten und Sympathisanten, Köln, 26. 2., 88,72 DM — Jugendtreff der RG in Hamburg-Altona, 26. 2., 17,90 DM — Insgesamt wurden damit im Februar 3 222,35 DM für den ROTEN MORGEN gespendet**

## Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526
hiermit bestelle ich




A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname. ........................

Beruf ........................

Postleitzahl/Ort ........................

Straße ........................
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum............. Unterschrift........................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,- DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 - 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 - 393 zu überweisen.

## Parteibüros der KPD/ML

**BIELEFELD**
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

**BOCHUM**
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-18 Uhr. Sa: 10-13 Uhr

**BREMEN**
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

**DORTMUND**
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr. Sa: 10-14 Uhr.

**DUISBURG**
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19, Sa: 10-13 Uhr

**HAMBURG**
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**HANNOVER**
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

**KIEL**
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

**KÖLN**
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

**LÜBECK**
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

**MANNHEIM**
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**MÜNCHEN**
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**MÜNSTER**
Bernhart Ernst Str. 6, Öffnungszeiten: Mo. — Fr. 16 — 18.30 Uhr, Sa. 11 — 14 Uhr

**STUTTGART**
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

**WESTBERLIN**
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

## Parteiveranstaltungen

**AACHEN**
„Freispruch für die angeklagten Kommunisten!" 15. 3., 19 Uhr, Gaststätte „Altforster Bierstube", Trierer-Str. 82.

**Gerichtstermin:** Montag, 17. 3., 11 Uhr, Gerichtsgebäude Adalbert-Stein-Weg, Saal 428.

### DEMONSTRATION

Freispruch für die angeklagten Kommunisten! **Aachen,** 15. 3., Abmarsch: 11 Uhr, Elisenbrunnen.

### GROSSVERANSTALTUNG
**anläßlich der Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS**

22. 3. 17 Uhr, Hamburg-Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich, „Stübens Gesellschaftsräume" Großer Saal.




**Bestellungen an:**
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb 1935 72 — 207
Tel.: 040 / 4 10 17 36